

(Beginn: 10.14 Uhr - Ende: 12.52 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren, ich eröffne die 17. Sitzung des Rates in der Wahlperiode 2009 bis 2014 und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie Sie, die Mitglieder des Rates.

Wir haben uns heute viel vorgenommen und lassen es nicht nur mit der Haushaltssitzung hier bewenden. Nach einer Mittagspause werden wir in einer regulären Ratssitzung ab 15.30 Uhr notwendige Beschlüsse fassen. Da wir also nahezu rund um die Uhr beschäftigt sind, besteht heute die Möglichkeit, ohne längere Wartezeiten ein Mittagessen im Consilium einzunehmen.

(Zuruf von der SPD)

- Auf eigene Kosten.

Nach den mir vorliegenden Meldungen ist heute Frau Wolter entschuldigt. Als Stimmzähler benenne ich Herrn Philippi, Herrn Möring und Herrn Wolter.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind im Entwurf besonders gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge, sofern vorhanden, finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute steht die Verabschiedung unseres Haushalts auf der Tagesordnung. Der Haushalt ist das zentrale Thema unserer Ratspolitik. Für die Beratung sollte daher eine angemessene Redezeit zur Verfügung gestellt werden. Ich schlage vor, dass wir, wie in den Vorjahren auch, von der Möglichkeit Gebrauch machen, die unsere Geschäftsordnung bietet, nämlich die Redezeit für diesen Einzelfall abweichend von den sonst üblichen fünf Minuten wie folgt festzusetzen:

Die Redezeit soll wie üblich nach der Größe der Gruppierung gestaffelt werden. Das würde bedeuten, die Fraktionen CDU und SPD erhalten eine Gesamtsprechzeit von jeweils maximal 30 Minuten, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhält eine Gesamtsprechzeit von 25 Minuten, die FDP erhält eine Gesamtsprechzeit von 20 Minuten, pro Köln und die Linke bis zu maximal

15 Minuten sowie die Einzelmandatsträger Herr Hoffmann und Herr Zimmermann jeweils 10 Minuten.

Ich bitte jetzt um Aufmerksamkeit: Jede politische Gruppierung soll die Möglichkeit erhalten, einmal hier im Rat zur Verabschiedung der Haushaltssatzung zu sprechen. Diese verlängerte Redezeit gilt dann für alle Vorlagen und Anträge, das heißt für alle unter den Tagesordnungspunkten 1, 2, 6, 7, 8, 9 und 10 aufgeführten Punkte. Sie gilt auch für alle Dringlichkeits-, Änderungs- und Zusatzanträge. Ich hoffe, Sie haben diesen Vorschlag verstanden.

(Jörg Uckermann [pro Köln] meldet sich zu Wort - Markus Wiener [pro Köln]: Wortmeldung, Herr Oberbürgermeister!)

Ich lasse jetzt über das Verfahren abstimmen. Wer ist gegen dieses Verfahren? - Eine Wortmeldung von pro Köln.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe dazu noch eine Verständnisfrage. Es kam dazu ja gestern auch schon elektronische Post. Ist es so, dass die von ihnen eben genannten Zeiten für die gesamte Sitzung gelten, also nicht nur für die Haushaltsrede, sondern für die gesamte Sitzung? Sie werden Verständnis haben, dass man dem dann nicht zustimmen kann. Das würde für uns bedeuten: Wir müssten innerhalb dieser Zeit drei Anträge begründen. Oder korrigieren Sie sich, Herr Oberbürgermeister?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Für alle haushaltsbezogenen Anträge wie auch für die Dringlichkeitsanträge gilt eine Redezeit, wie ich sie Ihnen eben genannt habe.

Jörg Uckermann (pro Köln): Das kann man nicht hinnehmen. Wir haben ja drei Anträge zu begründen. Das reicht nicht für ein solches Werk, das den Zeitraum von zwei Jahren umfasst und einen nicht unerheblichen Milliardenbetrag berührt. Ich bitte Sie - -

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Stellen Sie doch bitte einen Antrag.

Jörg Uckermann (pro Köln): Ich stelle den Antrag, es bei dem Redezeiten zu belassen, die nach der Geschäftsordnung vorgesehen sind. Ich stelle den Antrag, es bei der Anwendung der Gemeindeverfassung NRW zu belassen. Dann sind wir auf der sicheren Seite.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer ist für den Antrag von pro Köln, den bitte ich um das Handzeichen? - Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Beschlussfassung über die vorgesehenen Redezeiten. Ich bitte um Handzeichen. Wer ist für diesen Vorschlag? - Das sind SPD, Grüne, Linke, CDU, FDP, Herr Zimmermann und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist das so beschlossen.

Weiterhin schlage ich vor, dass wir die Haushaltsreden direkt an den Beginn der Sitzung ziehen. Gibt es dagegen Einwände? - Das ist nicht der Fall.

Mit Blick auf unsere Gästetribüne möchte ich unsere Gäste auch heute bitten, wie üblich von Beifall und Unmutsbekundungen abzusehen. Ich möchte nur ungern zu Ordnungsmitteln greifen.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: TOP 3.1, TOP 3.2, TOP 8.1. Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 6.2, 6.4, 7.2, 7.4 und 7.5. Der Tagesordnungspunkt 6.5 wird in der heutigen Nachmittagsitzung unter Tagesordnungspunkt 10.23 behandelt. Außerdem ist der Antrag der Fraktion Die Linke, der unter TOP 1.2 in der Tagesordnung aufgeführt wird, im Finanzausschuss für erledigt erklärt worden. Eine Behandlung heute hat sich damit erübrigt. Gibt es Wortmeldungen dazu? Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zu den Dringlichkeitsanträgen. Es gibt eine Reihe von Dringlichkeitsanträgen. Zunächst ein Antrag der Fraktion pro Köln vom 4. Oktober zum Thema „Erhaltung der Kunst- und Museumsbibliothek“. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit?

(Zuruf von pro Köln: Wir wollen begründen!)

- Es ist keine Begründung notwendig. Das liegt auf der Hand, weil wir heute über die

Haushaltssatzung beschließen. Damit ist die Dringlichkeit gegeben.

Markus Wiener (pro Köln): Dass hier die Debatten wesentlich eingeschränkt werden sollen, haben wir jetzt schon verstanden.

(Jochen Ott [SPD]: Es gibt doch gar keine Gegenrede! Du hast es nicht einmal kapiert!)

Dass die Gesamtredezeit derart beschränkt wird, kann sich aber - so ist es ja auch beschlossen worden - nur auf die inhaltliche Auseinandersetzung beziehen, natürlich nicht auf Reden zur Geschäftsordnung, auf Begründungen von Dringlichkeiten. Es können hier nur die inhaltlichen Reden zeitlich begrenzt werden. Zur Geschäftsordnung und zu Dringlichkeitsanträgen muss man natürlich extra sprechen können. Das fällt nicht unter die Gesamtredezeit.

(Jochen Ott [SPD]: Aber nicht um des Sprechens willen!)

- Unterlassen Sie Ihre Unverschämtheiten. Es ist ein Skandal, was Sie hier aus diesem Rat machen! Eine Farce! Antidemokratische Farce!

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Wiener, ich fordere Sie auf, sich mit ihrer Wortwahl zurückzuhalten.

(Markus Wiener [pro Köln]: Wann erteilen Sie einmal Ordnungsrufe gegen diese Unverschämtheiten, Herr Oberbürgermeister? Sie sollten ein fairer und objektiver Sitzungsleiter sein! - Unruhe)

Nach § 12 unserer Satzung ist es nicht erforderlich, wenn keine Gegenrede da ist, eine Dringlichkeit zu begründen. Sie liegt heute auf der Hand.

(Beifall bei SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Wir haben also folgende Dringlichkeitsanträge: zunächst den unter Tagesordnungspunkt 2.2. genannten Antrag „Erhalt der Kunst- und Museumsbibliothek“. Gibt es Einwände gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall.

Unter Punkt 2.3 gibt es einen weiteren Dringlichkeitsantrag: „Erhalt der freien Kulturarbeit“. Gibt es hier Einwände gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall.

Es gibt darüber hinaus vier weitere Dringlichkeitsanträge der Fraktion pro Köln:

Tagesordnungspunkt 2.4. "Resolution für ein wirtschaftsfreundliches Köln: Erhebung des Gewerbesteuerhebesatzes ... wird abgelehnt. Steuererhöhung nicht notwendig. Wirtschaft trägt ihren Anteil an den Ausgaben der Stadt. Wirtschaft schafft Arbeitsplätze. Wirtschaft braucht höheren Stellenwert. Einsparpotenziale konsequent überprüfen und Sparmaßnahmen umsetzen." Dieser Dringlichkeitsantrag wird per Umdruck vorgelegt werden. Gibt es gegen die Dringlichkeit Einwände? - Das ist nicht der Fall.

Dann gibt es unter Tagesordnungspunkt 2.5 einen Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln mit dem Titel „Sanierung der Zoobrücke“. - Einwände dagegen gibt es nicht.

Ein weiterer Dringlichkeitsantrag lautet: „Personenbezogene Integrationsmaßnahmen“; das ist Tagesordnungspunkt 2.6. Gibt es dagegen Einwände? - Das ist nicht der Fall.

Und schließlich: „Erhöhung der bezirksorientierten Mittel“, Tagesordnungspunkt 2.7. Auch dieser Antrag ist haushaltsbezogen. Gibt es Einwände gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall.

Diese Dringlichkeitsanträge werden unter 2.4 bis 2.7 in unserer Tagesordnung aufgenommen.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung und über den Vorschlag zur Änderung der Redezeiten abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen von pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das so beschlossen.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Wie bereits angekündigt, werden wir die Reden zum Haushalt an den Anfang unserer Debatte ziehen.

Ich erteile Herrn Börschel für die Fraktion der SPD das Wort.

Martin Börschel (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste dieser heutigen Ratssitzung!

Vor knapp einem Jahr fand hier die konstituierende Sitzung dieses Rates statt. Schon damals war die schwierigste Haushaltslage unserer Stadt seit der Nachkriegszeit das beherrschende Thema. Bei einem Defizit von damals 560 Millionen Euro sah es unausweichlich nach zerstörenden Einschnitten in die Grundstrukturen Kölns aus. Wir waren uns aber schon damals einig mit der klaren Ansage unseres frisch ins Amt eingeführten Oberbürgermeisters, der damals sagte:

Beim Sparen ist kein Bereich sakrosankt - lebenswichtige Strukturen jedoch dürfen nicht zerschlagen werden!

Heute kann ich vor diesem Hintergrund drei entscheidende Punkte feststellen:

- Wir - der Oberbürgermeister und die Koalition aus SPD und Grünen - sind dieser extrem schwierigen Lage gerecht geworden.
- Wir haben für diese Stadt einen Weg durch die Finanzkrise gebahnt. Dieser Weg bewahrt uns bei disziplinierter Finanzpolitik vor einem gesetzlichen Haushaltssicherungskonzept und vor dem Nothaushalt. Damit bleibt die Millionenstadt Köln im Rahmen ihrer kommunalen Selbstbestimmung frei und unabhängig.
- Wir haben unser Versprechen gehalten: Kein Bereich blieb bei der Konsolidierung sakrosankt. Die lebenswichtigen Strukturen unserer Stadt wurden bewahrt. Trotz aller Sparzwänge setzen wir Signale für eine positive Entwicklung dieser Stadt und setzen klare Prioritäten. Dieser Haushalt ist nachhaltig und sozial gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, keine Frage, der Konsolidierungsweg der vergangenen zwölf Monate war außerordentlich schwierig. Er hat vielen Menschen in der Stadtgesellschaft Opfer und auch sehr viel Geduld und Vertrauen abverlangt.

(Markus Wiener [pro Köln]: Eher nicht!)

Schon der Umstieg mitten im laufenden Beratungsprozess auf einen Doppelhaushalt hat natürlich massive Probleme beschert; wir haben darüber gesprochen.

Es hat überdies einige Zeit gedauert, bis sich in allen Fachbereichen der Verwaltung die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass die erste Sparrunde der Verwaltung zwar nominell pauschale Kürzungen vorsah, diese Vorgaben aber selbstverständlich durch Ausgleiche innerhalb der Fachbudgets mit Augenmaß und Strukturen schonend realisiert werden konnten.

Die nachfolgenden Sparvorschläge der Task Force waren dann vom Zwang zur schnellen und effektiven Machbarkeit für den aktuellen Haushalt definiert und vermittelten deshalb - das will ich gerne einräumen - an manchen Punkten den irritierenden Eindruck von Zufälligkeit und „Willkür“.

Schließlich drohte die unvermeidbare dritte Sparwelle. In dieser Situation hat der Oberbürgermeister die Gewerbesteuer zahlenden Unternehmen durch die Anhebung des Hebesatzes in den Konsolidierungskurs miteinbezogen. Diese Entscheidung war konsequent und richtig. Nach 22 Jahren mit einer 5,6-prozentigen Gewerbesteuererhöhung in dieser außergewöhnlichen Situation eine Zerschlagung wichtiger Strukturen zu vermeiden, ist außerdem ausgewogen und gerecht!

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Konsolidierungsprozess wird auch in den kommenden Jahren nicht einfach bleiben. Er ist in seiner Größenordnung einmalig in der Nachkriegsgeschichte dieser Stadt.

Deshalb ist es wichtig, hervorzuheben, dass trotz aller außergewöhnlichen Probleme unser Kurs durch die Finanzkrise von so vielen Akteuren unserer Stadtgesellschaft mit einem positiven Grundverständnis begleitet wurde. Dazu hat sicher beigetragen, dass viele Menschen sehr gut verstanden haben, dass unsere Finanzprobleme weit überwiegend nicht selbstverursacht, sondern aufgebürdeten Lasten aus Land und Bund sowie der Weltwirtschaftskrise geschuldet sind.

Natürlich gab es laute, deutliche, teilweise massive Kritik an den von der Stadtverwaltung vorgeschlagenen Kürzungen. Ich habe diese Kritik als angemessen und konstruktiv empfunden. Sie hat uns jedenfalls in der Sache weitergebracht. Es gab viele konstruktive Veranstaltungen, sehr viele Gespräche, und es gab durchweg das Bemühen um Lösungen, die den bestmöglichen Ausgleich schaffen zwischen den Sparzwängen einerseits und betroffenen

Menschen, Projekten und Strukturen andererseits. Dieses allseitige Bemühen um die gemeinsame, faire und, ja, auch „gelassene“ Bewältigung unseres gewaltigen Finanzproblems verdient hohe Anerkennung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, ich neige bekanntlich nicht dazu, die Stadtverwaltung allein dafür zu loben, dass sie ihre Arbeit tut. In den vergangenen Monaten jedoch haben viele Beschäftigte in allen Fachdezernaten mit enormem Arbeitseinsatz zur Bewältigung unserer Finanzkrise beigetragen. Ich nenne stellvertretend das derzeit arg reduzierte Beigeordnetenkollegium, darunter speziell die kommissarischen Stadtkämmerer Dr. Walter-Borjans und Stadtdirektor Guido Kahlen, und insbesondere den Leiter der Kämmererei, Herrn Dieter Körber mit ihren jeweiligen Teams. Ich finde, in einer so schwierigen Situation darf man dann, wenn man dieser außergewöhnlichen Lage Herr geworden ist, dann auch den Dank des Rates dafür aussprechen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den vergangenen Wochen hat sich sicher mancher von uns die Frage gestellt, welche Perspektiven unsere Stadt angesichts dieses Einspardrucks haben kann. Wie und wo gibt es denn angesichts solcher Finanzprobleme noch kommunalpolitische Handlungsräume? Wo können wir positive Signale setzen für die Zukunft unserer Stadt?

Dieser ungewöhnlich lange Haushaltsprozess hat sicher dazu beigetragen, dass eine positive Antwort auf diese Frage möglich ist. Die gesamtwirtschaftlichen Signale waren zu Beginn des Jahres noch deutlich schlechter, als sie es heute sind. Dies macht Mut, nach vorne zu denken.

Mir persönlich hat aber noch eine weitere Entwicklung sehr geholfen, mit Optimismus für die Zukunft dieser Stadt zu handeln: nämlich das stetige Wachstum dieser Stadt. Es war ja bereits einige Zeit absehbar, dass Köln wieder eine echte Millionenstadt werden würde. Jetzt haben wir die Marke überschritten und können stolz darauf sein. Es gibt nicht viele Gemeinwesen in Deutschland und darüber hinaus, die sich durch positive Wachstumsdaten auszeichnen! Die Landesstatistiker gehen von einem Wachstum bis im Jahr 2030 von über 10 Prozent aus; dagegen wirkt die Prognose unserer eigenen Fachleute mit 1 030 000 Einwohnern für Köln ungewöhnlich bescheiden. Fast egal, welche

Zahl nun stimmt, für mich heißt diese Entwicklung: Köln ist eine attraktive Stadt - und unsere wichtigste Aufgabe ist es, Köln auch weiterhin attraktiv zu halten.

Genau hier sehe ich unseren Auftrag für die kommenden Jahre. Was müssen wir dazu tun? Welche Hebel müssen wir bewegen? Welche Feineinstellungen müssen wir justieren? Was hält die Gesellschaft in dieser Stadt zusammen? Was erhält hier den sozialen Frieden, das Gefühl der Menschen, sich ebenso selbstbestimmt wie beschützt daheim zu fühlen? Und was macht Köln in der Außensicht attraktiv? Was interessiert Menschen, Unternehmen und Institutionen zeitweise oder auf Dauer an Köln? Was bewegt sie aus aller Welt in diese Stadt?

Natürlich gibt es auf diese Fragen eine Vielzahl möglicher Antworten und Lösungen. Ich glaube aber, dass vor allem zwei Grundfaktoren uns hier in Köln, aber auch allen anderen Städten und Kommunen schon jetzt gewaltige Probleme bescheren und noch größere bescheren werden. Ich meine zum einen die chronische Unterfinanzierung der Kommunen und zum anderen den größer werdenden Faktor Geschwindigkeit.

Ich sage das bewusst auch als Kölner, der auf Landesebene Mitverantwortung trägt: Wir werden in den Kommunen alle Wettläufe in die Zukunft verlieren, wenn wir nicht gemeinsam dem Bund und den Ländern ein angemessenes Finanzierungssystem abtrotzen. Dieses Problem haben wir vor der Brust und müssen wir gemeinsam anpacken.

(Beifall bei der SPD sowie von Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Da stimmt es hoffnungsfroh, dass die neue Landesregierung erkannt hat, dass man die Kommunen nicht weiter überlasten darf und erste Schritte zur finanziellen Entlastung eingeleitet hat, für Köln alleine 18 Millionen Euro noch in diesem Jahr.

Auch die Kulturförderabgabe, die das Land unter Beachtung der kommunalen Selbstverwaltung genehmigt hat, ist ein Schritt auf diesem Weg.

(Reinhard Houben [FDP]: Schauen wir mal!)

Dieser Schritt wird Nachahmer finden, in der Sache bei anderen Kommunen - ich nenne nur Hamburg oder München -, in der Methodik mit anderen Abgabeformen. Wer diese Entwicklung bekämpfen will, liebe Kolleginnen und Kollegen,

sollte nicht an der Seitenlinie herumrörgeln, sondern auf dem Spielfeld mit den Städten für solide Kommunalfinanzen streiten und nicht - wie ich das von der Partei des Zurufers weiß - auf Bundesebene beispielsweise für die Abschaffung der Gewerbesteuer streiten.

(Beifall bei der SPD sowie von Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen - Ulrich Breite [FDP]: Ersetzen!)

Wer als Unternehmer immer nur die eigene Börse sieht, verliert den Blick für die Gesamtproblematik. Gäste kommen in der Regel nicht wegen der tollen Hotels, sondern wegen der attraktiven Angebote in der Stadt. Man kommt erst in die Stadt und dann ins Hotel, nicht andersherum.

(Beifall bei der SPD sowie von Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Und zum zweiten Faktor: Wir müssen als Kommunen neue, kurze Wege finden, die uns schnell zu unseren Zielen voranbringen: trotz des Dschungels unserer staatlichen Zuständigkeits- und Förderebenen, trotz der umschlingenden EU-Bevormundung, trotz aller Widersprüche in Gesetzen, Beamten-, Tarif- und Richterrecht, trotz aller notwendigen Kontrollen und Kriminalitätsprävention, trotz rasanter Technikentwicklung, deren Erneuerungszyklen mittlerweile kürzer sind als unsere Vergabeprozesse, und trotz aller weltweiten Konkurrenz, nicht zuletzt aus den jungen Wirtschaftsregionen wie China oder Brasilien.

Köln braucht neue Wege, nachjustierte Ziele, Mut zu Transparenz und breiter Kommunikation. Politik und die Stadtgesellschaft in ihrer breiten Vielfalt müssen gemeinsam Kölns Attraktivität fördern und fordern. Die Kölnerinnen und Kölner sind die Kommunikationsfachleute schlechthin. Was in kölschen Kneipen im Handumdrehen funktioniert, müsste eigentlich auch im Rathaus klappen.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Wie soll man das jetzt verstehen?)

Der Kölner Bürgerhaushalt, der runde Tisch zu Oper und Schauspiel, die Stadtkonferenzen zum Haushalt - das sind schon gute Beispiele für breite Kommunikation und Dialog mit der Bürgerschaft. Miteinander reden und gemeinsam Handeln, das bringt Köln weiter.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion hat bei ihren Haushaltsberatungen die politischen und finanziellen Schwerpunkte gesetzt, die wir

brauchen, wenn wir Köln auch in Zukunft attraktiv halten wollen: für die Menschen in der Stadt und für diejenigen in aller Welt, die Kölns Anziehungskraft erliegen sollen. Unsere Schwerpunkte liegen ganz klar in den Bereichen Kinder, Jugend und Familie, der Kultur, dem Erhalt unserer Infrastruktur und der Verbesserung des Stadtbildes.

Im Jugend- wie auch im Sozialbereich konnte eine Harmonisierung der Kürzungen bei den Trägerzuschüssen und eine Gleichbehandlung der Träger durch Jugend- und das Sozialdezernat erreicht werden. Hier danke ich insbesondere Frau Agnes Klein, die dies mit Augenmaß erreicht hat.

(Beifall bei der SPD)

Die übermäßige Kürzungsquote etwa in der Seniorenarbeit oder bei den Bürgerzentren konnte zurückgeholt werden. Bei den Zuschüssen für die Jugendhilfeträger liegt sie nun im Schnitt unter 1 Prozent. Ursprünglich war bei den freiwilligen Aufgaben eine Kürzung von 12,5 Prozent vorgesehen. Dieses durch die Verwaltung und jetzt auch durch den Rat erreichte Ergebnis ist ein wichtiger Beitrag für das soziale Köln.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Betreuung von Kindern unter drei Jahren gibt es in Köln lange Wartelisten. Im Frühjahr 2010 lagen der Stadtverwaltung rund 4 100 Anträge auf Plätze für unter Dreijährige vor. In den städtischen Kindertagesstätten konnten jedoch nur 1 150 Plätze im laufenden Kindergartenjahr neu belegt werden. Nach einer vom Städtetag in Auftrag gegebenen Umfrage liegt der bundesdurchschnittliche Bedarf inzwischen nicht mehr bei 35 Prozent, sondern eher bei 63 Prozent und in deutschen Großstädten über 500 000 Einwohnern sogar noch höher. Auf die von der Verwaltung vorgeschlagene Streckung der U3-Ausbauplanung auf nur noch 35 Prozent, also das gesetzliche Mindestmaß, haben wir daher verzichtet. Es wäre wünschenswert, wenn zumindest ein Teil des zu erwartenden Finanzausgleichs des Landes wieder zurück in den weiteren U3-Ausbau fließen würde und die Zielquote wieder nach oben angepasst werden könnte. Die positive Entwicklung der Kinderzahlen in Köln eingerechnet, würden wir bei einer Versorgungsquote von 40 Prozent im Jahr 2013 immerhin eine Betreuung von über 11 000 Kindern unter drei Jahren erreichen.

Eine gute Versorgung mit Betreuungsplätzen für Kinder wird für Familien bei der Wahl ihres Arbeitsplatzes und damit auch bei der Wahl ihres Wohnortes immer wichtiger. Insofern müssen wir uns weiter immens anstrengen, hier ein überdurchschnittliches Angebot zu schaffen. In diesem Zusammenhang freuen wir uns über die Entscheidung der Landesregierung, den Kita-Besuch schrittweise beitragsfrei zu machen. Auch dies wird uns helfen, an Attraktivität und Familienfreundlichkeit zu gewinnen. Diesen Weg wollen wir hier in Köln weiter gehen.

(Beifall bei der SPD)

Wie in allen anderen Bereichen gilt auch für die Kultur das Prinzip: Jeder Bereich muss seinen Beitrag leisten. Strukturen sollen erhalten bleiben, wir wollen keine Existenzen zerstören. Unsere zentrale Entscheidung war daher die Rücknahme eines großen Teils der vorgesehenen Einsparungen bei der freien Szene. Konkret heißt das: Die freie Szene behält 1 Million Euro mehr an Fördergeld als vom Kulturdezernat vorgesehen.

Die Unterstützung der freien Szene steht als Beispiel dafür, was wir unter Erhalt und Ausbau der Attraktivität verstehen. Die freie Szene bildet den Humus, auf dem die kulturelle Vielfalt dieser Stadt wächst. Massive Einschnitte in diese Basis hätten negative Folgen für das kulturelle Gesamtsystem. Angesichts der extrem schwierigen Finanzlage ist es allerdings unmöglich, eine solche Summe aus einem anderen Fachbudget herauszuschneiden. Deshalb war der Rückgriff auf die Bühnen notwendig, die nun auch einen Beitrag von 2,5 Prozent ihres zuvor ungekürzten Etats leisten, dazu aber ihre Betriebsmittelrücklage nutzen können.

Das kulturelle Angebot unserer Stadt muss allen Menschen nutzbar sein und der breiten kulturellen Bildung dienen. Deshalb haben wir den Köln-Tag bei den städtischen Museen erhalten. Auch weiterhin gibt es einmal im Monat freien Eintritt für die Kölnerinnen und Kölner. Außerdem haben wir dafür gesorgt, dass der Medienetat der Stadtbibliothek aufgestockt wird und die Busbibliothek und die Stadtteilbibliothek in Neubrück, anders als von der CDU heute noch vorgeschlagen, erhalten bleiben.

(Beifall bei der SPD sowie von Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Sehr wichtig sind uns die längeren Öffnungszeiten bei den Stadtteilbibliotheken.

Das erfolgreiche Pilotprojekt „Samstagsöffnungen“ hat zu vielen Neukunden, insbesondere bei Berufstätigen und Eltern mit Kindern geführt. Genau das wollen wir erreichen. Stadtteilbibliotheken sollen allen Bürgerinnen und Bürger offen stehen und müssen sich deshalb am Interesse ihrer Kunden ausrichten. Sie sind gerade in den äußeren Stadtgebieten Basis für eine quartiersbezogene Kulturarbeit, also eine Art kleine Kultur- und Stadtteilzentren vor Ort. Diese Entwicklung wollen wir fördern und ausbauen.

Köln ist weltoffen, und alle profitieren davon - diesem Grundsatz folgt das Konzept einer Akademie der Künste. Köln profitiert bereits seit Anbeginn der Stadtgeschichte davon, dass ein reger Austausch und Handel mit unterschiedlichsten Ländern und Bevölkerungsgruppen stattfindet. Dem dient im Kulturbereich das Konzept einer Akademie der Künste. Hier wollen wir mit 1 Million Euro über die Kulturförderabgabe einen internationalen Anlaufpunkt schaffen, der durch intensiven Austausch die lokale Kulturszene für neue Entwicklungen öffnet und so Köln und die internationale Kulturszene auf höchstem Niveau intensiver miteinander verknüpft.

Über die Kulturförderabgabe wollen wir außerdem mit einem „Renovierungsprogramm Museen und Kulturbauten“ den aufgelaufenen Renovierungsstau bei den städtischen Kulturbauten, insbesondere im Bereich der Museen, abbauen. Hierfür stellen wir allein im nächsten Jahr 2,6 Millionen Euro bereit. Das ist natürlich nur ein erster Schritt - das ist uns bewusst -, aber wir wollen zeigen: Museen und Kulturbauten sollen Orte mit Anziehungskraft sein, und dazu gehört auch die Hülle.

Auch die grundlegende Sanierung der Flora werden wir durch Beschluss in der zweiten Sitzung des Rates heute in Angriff nehmen. Der Umbau dieses Kleinods als Veranstaltungszentrum wird viele Kölner erfreuen und ist gleichzeitig ein angemessener Umgang mit einem Teil der Kölner Stadtgeschichte.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Und schließlich wollen wir für die städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Dionysoshof und Baptisterium Geld in die Hand nehmen, das der Bund Köln verweigert. Das Domumfeld bedarf nämlich dringend einer dem Weltkulturerbe Dom angemessenen und vor allem zukunftsweisenden Erneuerung. Hierfür

wurde ein „Städtebauliches Gesamtkonzept Domumgebung“ entwickelt, in dem eine hochwertige Umgestaltung aufgezeigt wird, die frei von Stückwerk ist. Der erste und größte Bauabschnitt wird 19,5 Millionen Euro kosten. Auch bei diesem bedeutenden Projekt im Herzen der Stadt wollen wir auf Halbherzigkeiten verzichten und eine wirklich wegweisende Lösung möglich machen. Auch dafür haben wir die Grundlage im heutigen Haushalt gelegt.

Von der Kulturförderabgabe profitiert übrigens auch die Kölner Wirtschaft in erheblichem Umfang. Denn die Sanierungsprojekte für die Kölner Kultur werden natürlich auch Aufträge für Kölner Unternehmen mit sich bringen. Außerdem haben wir entschieden, dass 10 Prozent, also 700 000 Euro der konservativ kalkulierten Erlöse aus der Abgabe, für die Bereiche Standortmarketing, Wirtschaftsförderung, Markenbildung, Internetstadt, Tourismus, Kreativ- und Kulturwirtschaft vorgesehen werden. Gerade vor dem Hintergrund der Erhöhung der Gewerbesteuer wollen wir der Kölner Wirtschaft signalisieren, dass wir die Arbeit unserer Wirtschaftsförderung ernsthaft unterstützen.

Ernsthaft vorantreiben werden wir auch die Diskussion großer stadtentwicklungspolitischer Projekte. Ich nenne hier beispielhaft den Deutzer Hafen und des umfassende Projekt „Bahnknoten Köln“. Da reden wir über Entwicklungs- und Investitionsprojekte, die Auswirkungen auf die Gesamtstadt haben, aber auch konkret für Kölner Unternehmen Aufträge und Umsätze bedeuten.

Kölns Wirtschaft und Infrastruktur werden außerdem von unseren Umschichtungen im Verkehrsbudget profitieren. Wir haben den Ansatz für die Straßenbauunterhaltung und für Fahrradwege um etwa 4 Millionen Euro erhöht. Hier ging der von der Verwaltung vorgesehene Sparbeitrag eindeutig zu weit.

Wir wollen gesunde Lebensverhältnisse in Köln. Lärmbelastungen, Luftverunreinigungen und klimatischen Veränderungen sind die neuen Herausforderungen an eine Großstadt wie Köln. Diesen Herausforderungen wollen wir uns im Interesse der Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger stellen. Deswegen haben wir wichtige Klimaschutzprojekte wie zum Beispiel das Projekt Ökoprotit oder die Erarbeitung eines CO₂-Minderungsprogramms, vor vorgesehenen Einsparungen bewahrt.

Wir erhalten auch die Waldschule in Gut Leidenhausen.

(Beifall bei der SPD)

Vielen Stadtkindern sind der Lebensraum Wald und seine wichtigen Funktionen für das Ökosystem völlig fremd. Hier leistet die Waldschule eine hervorragende und wichtige Arbeit. Die Zahlen sprechen für sich. Die Angebote der Waldschule sind bis Ende 2012 bereits ausgebucht. Wir sind froh, dass es uns gelungen ist, dieses Angebot zu erhalten.

Eine Reduzierung des Grünstats auf die Wahrung von Verkehrsicherungspflichten ist weder betriebswirtschaftlich vernünftig noch nachhaltig. Es ist ein Symbol der Trostlosigkeit, wenn eine Stadt keine Bäume mehr pflanzt, ihr Grün nicht pflegt und Brunnen austrocknen lässt. Wir wollen mehr Bäume, Blumen und sprudelndes Wasser in unserer Stadt! Wir wollen, dass Köln attraktiv ist, einerseits für die Menschen die hier leben, andererseits für die vielen Tausend Besucher unserer Stadt. Gleichzeitig wollen wir Köln für den Klimawandel rüsten. Für 2011 stellen wir deshalb über die Kulturförderabgabe zusätzlich 1,2 Millionen Euro für Stadtverschönerungsmaßnahmen in diesem Kontext bereit.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Geld - das ist mir wichtig, an dieser Stelle zu betonen - soll nicht nur für die Innenstadt, sondern für alle Stadtbezirke Kölns zur Verfügung stehen. Wir werden ein Konzept entwickeln, wie die Bezirksvertretungen in die Mittelvergabe eingebunden werden können.

Den dringend erforderlichen Abriss eines Übergangwohnheimes sowie den Neubau öffentlich geförderter Wohnungen wollen wir ebenso finanzieren.

(Beifall bei der SPD sowie von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

Zudem muss die erfolgreich begonnene Modernisierung der Sozialhäuser fortgesetzt werden. Derzeit befinden sich noch fünf Häuser im Umbau. Über Fortsetzung und Finanzierung des Programms muss im nächsten Jahr entschieden werden. Derzeit - das ist für uns eine wichtige Basis - sind noch rund 1 500 Flüchtlinge in Wohnheimen untergebracht, aber immerhin 3 000 haben inzwischen reguläre Wohnungen bezogen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Investitionen in den öffentlich geförderten Wohnungsbau und zur Beseitigung von im wahren Wortsinn anrühiger „Sozialhäuser“ dienen ganz unmittelbar der sozialen Balance in unserer Stadt. Bezahlbarer Wohnraum, barrierefreie Bewegungsräume, saubere und freundliche Stadtquartiere - die Menschen in allen Stadtteilen haben ein Recht auf das attraktive Köln. Wir dürfen die Stadtteile nicht aus dem Blick verlieren.

(Beifall bei der SPD)

Dabei müssen wir allerdings auch unseren Blick auf die Stadt insgesamt neu schärfen! Wer die aktuellen Erhebungen von Immobiliendienstleistern zu Kölns Vierteln und Quartiere liest - in den jüngsten Tagen ist eine veröffentlicht worden -, stellt fest, dass dort inzwischen präzise Auskünfte auf der Ebene von Postleitzahlbereichen gegeben werden, über Mieten, Bestände, Baugenehmigungen, Mietangebote, Kaltmieten, Leerstände, Kaufkraft je Haushalt und Wohnkosten. Unsere Stadt ist ein offenes Buch, und wer darin zu lesen versteht, sieht, dass Köln längst nicht mehr gleich Köln ist. Unsere Stadtteile driften auseinander, schneller und weiter, als uns allen lieb sein kann!

Wenn wir dieser problematischen Entwicklung begegnen wollen, heißt das: konsequente Ungleichbehandlung. Was ungleich ist, muss auch ungleich behandelt werden.

(Beifall bei der SPD)

Insbesondere ein diagonal verlaufener Gürtel von Kölns Nordwesten bis in den Südosten braucht dringend unsere ganz besondere Fürsorge. Wir können diesen Gürtel so ziemlich aus jeder Zahl, aus jedem Faktum, das uns in Köln durch das eigene Amt, aber auch durch die neuen Studien zur Verfügung steht, ablesen: Arbeitslosengeld-II-Bezug, Einwohner mit Migrationshintergrund, Bildungsniveau, Mietniveau, Einkommensniveau, Preise für Eigentum und vieles mehr lassen sich ablesen. Das ist eine Entwicklung, die uns nicht unbeeindruckt lassen kann.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU)

- Herr Sterck, wir können gleich noch darüber diskutieren, wer welche Ursache trägt.

(Ralph Sterck (FDP): Der Zwischenruf kam von dem Kollegen! Entschuldigung, ich habe nichts gesagt!)

- Von dem Kollegen bin ich anderes gewöhnt, das stimmt.

Dort müssen wir investieren in unsere Stadtgemeinschaft. Sonst verlieren wir das soziale Gleichgewicht, das diese Stadt in den vergangenen Jahrzehnten ausgezeichnet hat. Und mit dem sozialen Gleichgewicht verlieren wir auch die Menschen, die das weithin gerühmte Lebensgefühl unserer Stadt prägen.

Wir müssen also investieren in diese Stadt, in ihre Menschen und in ihre benachteiligten Stadtteile. Wir müssen Lebensqualität herstellen und erhalten. Letzteres ist in unserer Stadt nicht ganz einfach. Die Kölschen verwechseln leider ganz gerne, vor allem in den Parks und Grünanlagen, „leben und leben lassen“ mit „liegenlassen“! Da müssen Investitionen verbunden werden mit nachhaltigen Ermahnungen, am besten über die Brieftasche!

Neu justieren müssen wir auch den Blick auf die berühmten und häufig zitierten harten und weichen Standortfaktoren. Natürlich liefern Produktion, Handel und Dienstleistungen harte Standortqualität. Das sind knallhart messbare Faktoren: Arbeitsplätze, vermieteter Büroraum, Umsätze, Gewinne, Steuerzahlungen. Und die weichen Faktoren: kulturelle Vielfalt, Lebensqualität, soziale Balance, Karneval, Events, kölsche Kommunikationsfreude. Sind das nicht auch längst harte Faktoren im Wettstreit der Standorte? Glaubt wirklich noch jemand, hoch bezahlte und innovative Beschäftigte fühlen sich dort wohl, wo ihr Unternehmen höchst sparsam residieren kann? Ich erinnere da an die firmeninterne Abstimmung, in der sich die RTL-Belegschaft gegen das preiswerte Hürth und für das attraktive Köln entschied!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Haushaltsverabschiedung leitet eine lang andauernde Konsolidierungsphase der Kölner Finanzpolitik ein. Die Überwindung des aktuellen Defizits wird voraussichtlich gute 1,3 Milliarden Euro unseres Stadtvermögens verschlingen. Auch vor diesem Hintergrund ist die Anhebung des Hebesatzes zur Gewerbesteuer zwingend. Wir müssen mittelfristig auch mit Hilfe des Bundes und des Landes unser strukturelles Defizit beseitigen und unsere ursprüngliche Vermögenslage wieder herstellen. Erst wenn wir unsere Ausgleichsrücklage wieder aufgefüllt

haben, also erst wenn wir circa 1,3 Milliarden Euro wieder erwirtschaftet haben, haben wir unsere volle finanzielle Handlungsfähigkeit wieder zurück erlangt. Neben diesen beiden Zielen steht aber gleichrangig auch die Forderung, Köln attraktiv zu halten - für die Kölnerinnen und Kölner ebenso wie für das internationale Publikum. Dies muss unsere gemeinsame Aufgabe sein. Diesem Ziel fühlt sich die SPD-Fraktion verpflichtet. Vor diesem Hintergrund können wir trotz schwieriger Rahmenbedingungen den Haushalt guten Gewissens beschließen und freuen uns auf eine Debatte und eine breite Mehrheit hier im Rat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie von Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Börschel. Ich gebe das Wort an Herrn Granitzka für die CDU-Fraktion.

Winrich Granitzka (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Börschel, herzlichen Dank für die Vorlesung mit viel Prosa, Lyrik und Poesie. Ich danke Ihnen sehr herzlich für das, was Sie hier aufgebaut haben. Nur, die richtigen Fakten haben Sie natürlich nicht genannt.

(Martin Börschel [SPD]: Poesie habe ich jetzt ehrlich gesagt nicht gefunden!)

Meine Damen und Herren, der langwierige Prozess der Haushaltsberatungen findet heute seinen Abschluss. Sie werden sicherlich wissen, dass wir diesen Haushalt in der vorliegenden Form nicht mittragen können. Es ist, wie wir glauben, ein mutloser, ideenloser Entwurf, der weder Visionen für die Stadt und die Stadtverwaltung erkennen lässt, noch strukturell geprägte Einsparungen - Sie haben das zwar behauptet, aber das Gegenteil ist der Fall - für die nächsten Jahre darstellt.

(Beifall bei der CDU)

Jeder von uns, meine Damen und Herren - das läuft in jedem Familienrat so ab -, wird sich fragen: Was machen wir, wenn die Kosten das Budget überschreiten? Man fragt sich doch als Erstes: Worauf können wir verzichten? Genau diese Frage haben Sie, Herr Oberbürgermeister, sich offensichtlich nicht gestellt oder sie

jedenfalls nicht beantwortet. Denn anstatt nachhaltige strukturelle Einsparvorschläge zu entwickeln, schlagen Sie eine Erhöhung der Gewerbesteuer vor, die in einer solchen Größenordnung angelegt ist,

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Oh!)

dass wir uns fragen, welche Ziele Sie damit wirklich verfolgen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben lange auf die Eckpunkte gewartet. Denn wir sind grundsätzlich bereit gewesen - das haben wir auch in Gesprächen erklärt -, den Haushalt mitzutragen, damit eine breite, demokratische Mehrheit entsteht, die strukturelle Verbesserungen für diese und künftige Haushalte schaffen und erreichen kann. Doch als die entscheidenden Punkte vorgelegt wurden, mussten wir erkennen: Der vorgelegte Haushalt schadet der Stadt Köln und ihren Bürgerinnen und Bürger. Ich sage Ihnen: Dieser Haushalt kann so von uns nicht akzeptiert werden.

Die geplante Gewerbesteuererhöhung um 25 Punkte ist vollkommen unnötig und schädigt nachhaltig und dauerhaft das Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Köln.

(Beifall bei der CDU sowie von Teilen der FDP)

Sie schädigt die Investitionskraft der zahlungspflichtigen Unternehmen. Sie beeinträchtigt massiv das Bemühen um die Neuansiedlung von Gewerbe und die damit verbundene Schaffung von Arbeitsplätzen. Und sie verstärkt Abwanderungstendenzen von Gewerbesteuer zahlenden Unternehmen und Betrieben und verringert damit die Basis für zukünftige Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Sie ist zudem nicht nachhaltig in ihrer Höhe, was die jüngste Vergangenheit bewiesen. Sie als - ich zitiere - „Solidarbeitrag der Kölner Wirtschaft“ einzufordern, ist diskriminierend, weil sie nur von einem Teil der Wirtschaft erbracht wird und darüber hinaus die Wirtschaft bereits einen hohen Anteil zur Finanzierung der Ausgaben der Stadt trägt. Daher wird die Steuererhöhung nicht nur von der IHK und der Handwerkskammer, sondern auch von uns abgelehnt.

(Beifall bei der CDU sowie von Teilen der FDP)

Unser Finanzexperte Karl Klipper - ich will mich hier nicht mit fremden Federn schmücken - hat im Finanzausschuss bereits gesagt: Wenn die

Wirtschaft nur einen leichten Husten bekommt, bricht, Herr Oberbürgermeister, Ihr Modell in sich zusammen. An eine Lungenentzündung der Kölner Wirtschaft mag ich gar nicht denken.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte an dieser Stelle für die Öffentlichkeit kurz die prognostizierten Werte nennen, die die Gewerbesteuererhöhung nach Ihrer Meinung bringen soll: im Jahre 2012 48,4 Millionen, im Jahre 2013 57,3 Millionen und im Jahre 2014 sogar 66,4 Millionen. Diese Beträge sind gewaltig und in der aktuellen Lage überhaupt nicht notwendig. Die Größenordnung, die hier angelegt wird, wird von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, und auch von Ihnen, Herr Börschel, damit begründet, dem drohenden Haushaltssicherungskonzept zu entgehen.

(Martin Börschel [SPD]: Sie müssen zuhören!)

Nach unseren Berechnungen - ich stelle Ihnen gleich unseren Alternativvorschlag vor - würde die Hälfte an Mehreinnahmen das gleiche Ziel erreichen, aber den Wirtschaftsstandort nicht in solch einem Maße treffen.

Als weitere Maßnahme sehen Sie die Bettensteuer vor; Sie haben eben sehr blumig beschrieben, was alles erreicht werden soll. Ich mag auf den Sinn oder Unsinn dieser Steuer - darüber ist schon so viel geschrieben worden - nicht mehr weiter eingehen. Ich rate Ihnen, auch noch eine Bräunungssteuer einzuführen, wie Ihre Kollegen in Hessen das ja schon getan haben.

(Martin Börschel [SPD]: Das waren Ihre Kollegen, Herr Granitzka! Das war die CDU - Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Die von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, vorgesehenen Kürzungen sind zwar in letzter Sekunde durch Rot-Grün im Finanzausschuss zurückgedreht wurden, aber sie sind dennoch unverträglich für die Aufrechterhaltung der sozialen und kulturellen Strukturen in der Stadt. Sie sind schädlich für die Sicherung und Fortentwicklung des Wirtschaftsstandorts Köln und schädlich für den Substanzerhalt des städtischen Infrastrukturvermögens. Sie betreiben keine Sparpolitik, meine Damen und Herren, Sie betreiben Sparsymbolik. Das werden wir nicht mitmachen.

An dieser Stelle ein Wort zum Bürgerhaushalt. Das Vorgehen von Rot-Grün ist ein Schlag ins Gesicht all derer, die sich konstruktiv und

engagiert am Bürgerhaushalt beteiligt haben. Das Herauspicken von einzelnen Vorschlägen, die einem gerade genehm sind, nennt man Klientelpolitik und hat mit dem Verfahren des Kölner Bürgerhaushaltes, für das wir überall gelobt worden sind, überhaupt nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Auch wenn ich mich für den Gedanken erwärmen kann, dass Köln die nördlichste Stadt Italiens ist, so halte ich doch die Idee des Kölner „Süd-Wand-Weins“ - ich weiß gar nicht, wer darauf gekommen ist - schlicht für eine Schnapsidee.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Ihnen nun den Alternativvorschlag der CDU-Fraktion im Groben vorstellen, mit dem wir eine nachhaltige Strukturverbesserung erreichen wollen:

Die Verwaltung hat aus unserer Sicht deutlich unzureichende personelle Einsparungen vorgeschlagen, die wir uns noch einmal genau angeschaut haben. In der Mitteilung der Verwaltung erfahren wir, dass jährlich etwa 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Dienst der Stadt Köln ausscheiden. Wir sind der Auffassung, dass es möglich sein muss, bei einem Verwaltungsapparat von rund 17 000 Beschäftigten pro Jahr die Hälfte dieser frei werdenden Stellen nicht wieder zu besetzen. Mit dem Vorschlag, das städtische Personal dauerhaft jährlich um 200 Stellen zu verringern, erzielen wir eine nachhaltige strukturelle Verbesserung von rund 10 Millionen, die der Verwaltungsvorschlag des Oberbürgermeisters nicht erreicht.

(Martin Börschel [SPD]: Wo sollen die denn weg?)

- Ich sage Ihnen das gleich.

Des Weiteren schlägt die Verwaltung vor, Stellen, die frei werden, nach Prüfung ihrer Refinanzierung oder ihrer pflichtigen Nachbesetzung zwölf Monate unbesetzt zu lassen. Hier schlagen wir vor, diese Wiederbesetzungssperre auf 24 Monate zu verlängern. Bei der Auswahl und Bewertung der Stellen soll die Verwaltung die für ihren eigenen Vorschlag entwickelten Kriterien anwenden. Beide Maßnahmen - damit beantworte ich Ihre Frage, Herr Börschel - erzwingen eine verwaltungsinterne Aufgabenkritik, die von

außen in den letzten Jahren nicht angenommen wurde, und anschließenden Aufgabenabbau sowie entsprechende Geschäftsprozessoptimierungen.

(Beifall bei der CDU)

Auch wenn Sie, Herr Stadtdirektor und Interimskämmerer Kahlen, unsere Vorschläge im Finanzausschuss bereits als unrealisierbar bezeichnet hat, halten wir sie gleichwohl für umsetzbar. Ich glaube, sie sind besser als die Alternativvorschläge, die Sie vorgelegt haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Uns geht es nicht darum, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Stadtverwaltung über Gebühr zu belasten oder gar Aufgaben auf weniger Schultern zu verteilen. Vielmehr erwarten wir von der Verwaltung, durch einen reduzierten Personalapparat und durch eine längere Wiederbesetzungssperre kreative Ideen zur Geschäftsprozessoptimierung, zur Aufgabenreduzierung und zur Standardreduzierung zu entwickeln.

(Michael Zimmermann [SPD]: Sie wissen nicht, was Sie tun!)

- Doch, ich weiß, was ich tue.

Der Verzicht auf eine eigene Kölner Zusatzversorgungskasse entlastet den Haushalt ebenfalls dauerhaft per Saldo um 5 Millionen. Durch unseren Alternativvorschlag erhöht sich die Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage nur unwesentlich. Auch damit würde erreicht, dass wir nicht in das HSK müssen und ein Nothaushalt aufgestellt wird. Eine Sicherheitsmarge von einem knappen halben Prozent unter dem Limit von 5 Prozent ist kalkulierbar und reicht aus, um das HSK zu vermeiden. In Zahlen drückt sich das wie folgt aus: im Jahre 2011 steigt die Entnahme um 0,347 Prozent auf 4,6 Prozent, im Jahre 2012 steigt die Entnahme um 0,42 Prozent auf 3,41 Prozent. In beiden Jahren bleibt man also unter der kritischen Marke von 5 Prozent.

Zusammen mit der Veräußerung der städtischen GRUBO-Anteile an die GAG, von der wir einen deutlich über dem Buchwert liegenden Ertrag erwarten können, erlauben uns diese Maßnahmen eine solide finanzielle Deckung unserer Vorschläge. Der Erwerb der GRUBO-Anteile durch die GAG hat zudem den Charme, dass die Anteile de facto in städtischer Hand

bleiben. Es kann also niemand den Vorwurf erheben, wir würden städtisches Eigentum verschern.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Wollen Sie das nicht mehr?)

- Nein, das wollen wir nicht.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Gut, super!)

Und schließlich sind wir der Auffassung, dass es auch in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten notwendig ist, Schwächen in der Infrastruktur zu beseitigen und für ihre stete Verbesserung zu sorgen. Dazu dienen die Rücknahme der massiven Kürzung bei den Unterhaltungsmitteln für die Verkehrsinfrastruktur, die die SPD mit uns gemeinsam - das freut uns, weil es absolut erforderlich ist - doch wieder aufstocken will, und das von uns vorgeschlagene umfangreiche Anti-Stau-Programm, das an die aktuelle Diskussion in unserer Stadt anknüpft und eine deutliche Leistungsverbesserung des städtischen Verkehrsnetzes zum Ziel hat, anstatt - wie wir das bei den Grünen erleben können - zu einem Fußgängertrauma zu führen.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, dass ich Ihnen darstellen konnte, dass der Haushaltsentwurf des Oberbürgermeisters und die Vorschläge von Rot-Grün deutliche Defizite im Bereich der nachhaltigen strukturellen Überlegungen aufweisen und darüber hinaus schädlich für den Wirtschaftsstandort und somit für alle Kölnerinnen und Kölner sind. Aber wir wollen konstruktiv bleiben und bieten Ihnen in aller Ernsthaftigkeit an, dass wir uns in den großen Fraktionen bei den nächsten Haushaltsberatungen für 2012 rechtzeitig mit der Verwaltung und dem Oberbürgermeister zusammensetzen, um nachhaltige strukturelle Vorschläge zu erreichen, die unsere Haushaltssituation für die kommenden Jahre verbessert. Wir sind es, meine Damen und Herren, den Kölnerinnen und Kölnern schuldig, unsere Politik zukunftsorientiert zu machen, damit es sich weiterhin lohnt, in dieser schönen Stadt zu leben und zu arbeiten.

Ich danke Ihnen für das Zuhören.

(Beifall bei der CDU sowie von Teilen der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Granitzka. Für die Fraktion Die Grünen Frau Moritz.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Kommunale Krisen gehören zu unserem Alltag. Es ist nichts Neues, wenn die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen beklagt wird. Und trotzdem - darauf haben auch meine Vorredner hingewiesen - befinden wir uns in der kritischsten Situation seit Bestehen der Bundesrepublik. Nach der Krise 2003/2004 schien es 2008 zumindest in Köln so, als sei die Talsohle durchschritten. Einnahmen und Ausgaben waren in Deckung, ein ansehnliches Plus ließ die Hoffnung aufkommen, dass der Abbau der Altschulden in Angriff genommen werden konnte.

Bei allem Optimismus zeichneten sich allerdings bereits vor zwei Jahren erhebliche Risiken ab. Worin bestanden diese Risiken? Die schwarz-gelbe Landesregierung in Düsseldorf schwächte systematisch die Kommunen, sei es durch Aufgabenübertragung des Landes auf die Städte und Gemeinden, sei es durch einen ungerechten Finanzausgleich zwischen Kernstädten und Umland oder durch verschlechterte Rahmenbedingungen für kommunale Unternehmen. Schwarz-Gelb im Bund unter Merkel und Westerwelle verschärfte unsere Notlage.

(Widerspruch bei der FDP - Zuruf von der FDP: Das sieht man an den Arbeitslosenzahlen! - Weitere Zurufe von CDU und FDP)

- Wird das auf meine Zeit angerechnet?

Während zugunsten der Autoindustrie die Abwrackprämie erfunden wurde und über etliche Banken Rettungsschirme gespannt wurden -

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Gott sei Dank, sonst hätten wir amerikanische Verhältnisse! - Weitere Zurufe bei der CDU und der FDP - Gegenrufe von Bündnis 90/Die Grünen: Ruhe! - Ein bisschen Respekt!)

- die Konservativen sind immer extrem disziplinos -,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

beglückten CDU und FDP uns mit einer unverantwortlichen Steuerpolitik, in zynischer Weise Wachstumsbeschleunigungsgesetz genannt; das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen.

(Ralph Sterck [FDP]: Es hat doch gewirkt! - Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Herr Oberbürgermeister, kann es sein, dass ich extrem anregend wirke?

(Heiterkeit)

Ganz zu schweigen von den Mehrbelastungen bei den Kosten der Unterkunft in Millionenhöhe! Es scheint Programm zu sein, immer neue Lasten auf die abzuwälzen, die am Ende der Kette stehen und denen nichts anderes übrigbleibt, als wiederum die Kosten an die Bürgerinnen und Bürger weiterzureichen. Daran änderte leider bisher auch die Kommission des Bundes zur Reform der Gemeindefinanzen nichts, die sich noch nicht einmal dazu durchringen kann, die Gruppe der Gewerbesteuerpflichtigen auszuweiten,

(Ulrich Breite [FDP]: Lehrer!)

- auf Selbstständige natürlich -, was neben der Erhöhung des Aufkommens auch ein Gebot größerer Gerechtigkeit wäre. Die Menschen in Deutschland registrieren diese Ungerechtigkeit genau, was Umfragewerte besonders für die FDP eindrucksvoll untermauern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Unter fünf Prozent!)

Trotzdem ist zu befürchten, dass diese Bundesregierung bis zur nächsten Bundestagswahl weiter auf dem Rücken der Armen und zulasten der Kommunen handeln und weiteres Unheil anrichten wird.

(Widerspruch bei CDU und FDP)

- Ich bin noch nicht fertig!

Glücklicherweise lassen die letzten Beschlüsse der neuen rot-grünen Landesregierung hoffen, dass von dieser Seite eine deutliche Entlastung zu erwarten ist. Wir werden dabei aufmerksam verfolgen, wie sich die Landtagsabgeordneten von CDU und FDP bei der Verabschiedung des Nachtragshaushalts in Düsseldorf verhalten.

(Zurufe von der CDU: Schuldenpolitik!)

- Dann machen wir Neuwahlen; das ist auch nicht so verkehrt.

Neben all diesen Verschlechterungen hat uns in 2009 zusätzlich noch die internationale Finanzkrise erwischt, die sozusagen sprichwörtlich das Fass zum Überlaufen gebracht und uns Steuereinnahmeverluste in dreistelliger Millionenhöhe beschert hat, wenngleich es andere Städte in noch viel größerem Umfang getroffen hat und die neuesten Konjunkturdaten eine Erholung versprechen.

Ich will jedoch nicht nur mit dem Finger auf Bund und Land zeigen, sondern einräumen, dass es auch selbstverschuldete städtische Altlasten gibt, die nachhaltig unsere Situation verschärft haben. Da sind an erster Stelle die Folgen des skandalösen Mietvertrags zwischen der Stadt und dem Esch-Oppenheim-Fonds für die Messehallen zu nennen,

(Ulrich Breite [FDP]: Unter Schwarz-Grün!)

die Folgen des Missmanagements der Sparkasse KölnBonn unter dem ausgeschiedenen Vorstandschef Gustav Adolf Schröder

(Zuruf von der CDU: Da haben Sie doch zugestimmt!)

- nein, da haben wir nicht zugestimmt -, jahrelange Unterlassung notwendiger Bauunterhaltung an städtischen Gebäuden und nicht zuletzt auch die finanziellen Folgen des katastrophalen Unglücks am Waidmarkt.

Dies beschreibt die Lage, in der der Oberbürgermeister 2009 den Haushaltsentwurf vorgelegt hat, der - so unüblich das auch sein mag - zurückgezogen werden musste. Das hat all diejenigen, die Zuwendungen als freie Träger von der Stadt erhalten haben, zunächst in eine extrem missliche Lage gebracht. Auf der anderen Seite hat uns das aber die Möglichkeit gegeben, mit einem Doppelhaushalt und einer zehnjährigen Entschuldungs- und Konsolidierungsplanung einem gesetzlich fixierten Haushaltssicherungskonzept zu entgehen. Damit haben wir im Gegensatz zu vielen anderen Städten in NRW unsere Gestaltungsmöglichkeiten gesichert, die es erlauben, politische Prioritäten zu setzen, die soziale Balance aufrechtzuerhalten, zu investieren und die Attraktivität unseres Wirtschaftsstandorts zu sichern.

Dabei muss ich gestehen, dass die Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes um 25 Punkte schmerzlich ist. Die Standortattraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sind uns ein hohes Gut, sorgen sie doch für sichere Arbeitsplätze und für ein auskömmliches Gewerbesteuereinkommen. In Richtung der Linken sage ich daher deutlich, dass eine Erhöhung maßvoll sein muss und dass man an dieser Schraube nicht beliebig drehen darf. Maßstab - dies in Richtung von CDU und FDP - kann allerdings nicht das Kölner Umland sein, sondern eher die vergleichbar großen Städte in Deutschland

(Zuruf von der FDP: Düsseldorf!)

- es gibt ja noch mehr Städte -, und da liegen wir keinesfalls an der Spitze. Immerhin wurde dieser Hebesatz seit 1988 nicht angetastet, und noch im November 2009 beteuerte unser Interimskämmerer Dr. Walter-Borjans, mehr auf höhere Steuereinnahmen als auf höhere Steuersätze zu zählen. Daran kann man ermessen, dass diese Erhöhung nicht ohne Not erfolgte. Die Bundesregierung hat für die Banken einen Rettungsschirm geschaffen, weil sie die Banken für systemrelevant hält. Für die Menschen in Köln ist ihre Stadt systemrelevant, und unser Rettungsschirm ist die Anhebung des Hebesatzes.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will nicht behaupten, dass eine solche Entscheidung alternativlos sei - es gibt keine alternativlosen Entscheidungen -, aber die Alternativen hätten schrecklich ausgesehen. Die Abdämpfung der Kürzungen in der Jugendhilfe, im Sozial- und im Gesundheitsbereich sowie in der freien Kulturszene hätte nicht bewältigt werden können. Im Gegenteil, die Schließung vieler sinnvoller Einrichtungen wäre die Folge gewesen, was man zu Recht einen Kahlschlag hätte nennen können.

Die CDU als größte Oppositionspartei legt uns zwar heute einen eigenen Änderungsvorschlag vor. Aber wie sieht der aus, und was würde er bedeuten? Sie schlagen im Wesentlichen zwei Maßnahmen vor. Sie wollen über die ohnehin schon vorgesehenen Kürzungen im Personalbereich dort weitere 10 Millionen einsparen, wohl wissend, dass Köln bereits heute weniger Personal bei der Aufgabenerfüllung in den meisten Bereichen einsetzt als viele andere vergleichbare Großstädte - das kann man aus den Kennziffern im Gemeindeprüfungsbericht ableiten -, und wohl

wissend, dass wir in der Haushaltssicherung 2003/2004 ein zu ambitioniertes Personaleinsparungsprogramm aufgelegt haben, welches so in den Folgejahren nicht realisiert werden konnte. Das einzusparende Personal belastete zwar nicht mehr die Einzelbudgets, da es sich in einem virtuellen „Pool“ befand, dafür aber den allgemeinen Haushalt. Jetzt holen Sie dieses ungeeignete Instrument erneut aus der Mottenkiste und beweisen damit, dass Sie unfähig sind, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Die zweite Maßnahme ist genauso unausgegoren. Die GAG soll die städtischen GRUBO-Anteile kaufen. Damit wollen sie 20 Millionen generieren. Sie verschweigen, dass eine solche Aktion die Investitionsfähigkeit der GAG nachhaltig schwächen würde.

(Zurufe von der CDU: Nein!)

- Dann schlafen Ihre Mitglieder im Aufsichtsrat, oder sie halten sich die Ohren zu.

Sie wissen genau, dass die GAG nahezu der einzige Investor für öffentlich geförderten Wohnungsbau ist, welcher in den letzten Jahren dramatisch zurückgegangen ist.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Könnte es sein, dass sich die GAG ein bisschen übernommen hat?)

Wir haben in Köln einen eklatanten Mangel an preisgünstigem Wohnraum. Heute schon geben die Haushalte im Durchschnitt 30 Einkommen ihrer Einkommen für Miete aus, die einkommensschwachen Haushalte noch viel mehr. Dieser Prozentsatz wird sich weiter nach oben entwickeln, die Lebenssituation vieler Menschen verschlechtern

(Zuruf von Karl-Jürgen Klipper [CDU])

- quatschen Sie nicht immer dazwischen, Herr Klipper - und automatisch bei den Geringverdienenden staatliche Unterstützungspflichten auslösen, was sich in einer weiteren Erhöhung der Kosten der Unterkunft widerspiegeln würde. Also, das beliebte Prinzip „linke Tasche, rechte Tasche“.

Die FDP verabschiedet sich heute aus der Mitverantwortung für den Haushalt, weil sie auf der einen Seite eine Gewerbesteuerhebesatzerhöhung ablehnt - das

ist konsequent, das verstehe ich auch -, auf der anderen Seite aber auf eigene konstruktive Vorschläge verzichtet. Wann immer es hingegen um Investitionsentscheidungen geht, gilt für die FDP „nicht kleckern, sondern klotzen“. Zum Beispiel bei Plänen für eine durchgehende U-Bahn unter der Bonner Str. bis zum Verteiler, eine Ost-West-U-Bahn, neue Straßen oder zusätzliche Rheinbrücken. Wo Sie sparen würden, wenn man Sie lassen würde, kann man erahnen, wenn man einen Blick auf Ihre Bundespolitik wirft.

Es ist mehr als ärgerlich, dass sich die Oppositionsparteien aus der Haushaltsverantwortung verabschiedet haben, haben doch Ihre Parteien mit zu dieser Krise beigetragen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der heute vom Oberbürgermeister vorgelegte und von der rot-grünen Mehrheit veränderte Haushaltsentwurf enthält eine ausgewogene Mischung aus Kürzungen, Umschichtungen und Einnahmeerhöhungen. Niemand und kein Bereich ist gänzlich von Kürzungen verschont worden, und daher geht Ihr Vorwurf der Klientelpolitik völlig ins Leere, Herr Granitzka.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Winrich Granitzka [CDU]: Vor allen Dingen beim Wein!)

Uns war es wichtig, dass die Zumutungen und Leistungskürzungen gerecht sind, dass notwendige Strukturen nicht zerstört werden und dass alle, auch die Kölner Wirtschaft, ihren Beitrag leisten müssen. Wir sind stolz darauf, dass es gelungen ist, die anfänglichen pauschalen Kürzungsansätze von 7,5 und 12,5 Prozent bei den Zuwendungen an Dritte deutlich auf durchschnittlich 8 Prozent zu senken. Wir wissen den Beitrag der freien Träger bei der Erfüllung der vielfältigen Aufgaben hoch zu schätzen. Wir sind uns bewusst, dass viele Träger große Erfolge bei der Drittmittelakquise haben, und wir wissen, dass die Träger ihre Aufgaben im Durchschnitt kostengünstiger erledigen, als die Stadt dies selber kann. Deshalb werden nun neben der Abdämpfung der Kürzungen Härten durch Differenzierung der Kürzungsansätze vermieden. Für viele wird sich der Veränderungsnachweis noch als zu wenig differenziert und transparent erweisen. Wir werden uns bemühen, diese Transparenz herzustellen, um den Trägern Planungssicherheit zu geben. Wir sind stolz darauf, Herr Oberbürgermeister, dass es gelungen ist, den

Köln-Pass auf der erweiterten Basis zu erhalten. Unser Ziel ist, die Kluft zwischen Arm und Reich zu verkleinern, soziale Spaltung und Ausgrenzung zu vermeiden, Teilhabe aller am Leben in der Stadt zu ermöglichen und in den belasteten Stadtteilen soziale Angebote zu sichern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mit dem Abriss eines Übergangwohnheims in der Augsburger Straße und dem Bau normaler geförderter Wohnungen anstelle dessen gehen wir weiter den Weg der Integration von hier lebenden Flüchtlingen in die Stadtgemeinschaft, den wir übrigens seit Jahren mit Erfolg gegangen sind; andere Städte sind neidisch darauf, ihre Vertreter fahren hierher, um sich das anzugucken.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Wir sind stolz darauf, dass der Ausbau des Ganztags ungebremst weitergeht. Wir wissen sehr wohl, dass die Qualität der Ganztagsbetreuung noch zu wünschen übrig lässt und ihre Steigerung in den nächsten Jahren in Angriff genommen werden muss. Aus dem Ansatz für kulturelle Bildung im Veränderungsnachweis der Kulturförderabgabe sind erste Maßnahmen dafür vorgesehen. Wir sind stolz darauf, dass wir am Ziel der Ausweitung des Betreuungsangebots für die unter Dreijährigen festhalten können. Herr Börschel hat es ausgeführt. Kinderbetreuung und Bildung als wichtige Zukunftsaufgaben sind, wie auch in den vergangenen Jahren, ein Schwerpunkt des Haushalts.

Wir sind stolz darauf, dass es gelungen ist, zumindest in 2011 und den Folgejahren die freie Kulturszene vor massiven Kürzungen zu schützen. Nach wie vor ist die Diskrepanz zwischen den Zuwendungen für die städtischen Kulturinstitutionen und denen für die freie Szene groß. Die Umschichtung von den Betriebskostenzuschüssen der Bühnen zugunsten der freien Kulturinitiativen zeigt aber, für wie bedeutsam wir den Beitrag der freien Kulturschaffenden halten, die oftmals unter prekären Verhältnissen arbeiten müssen. Die Beschäftigten und die Intendanten der Bühnen sollen dies nicht falsch verstehen. Wir wissen sehr wohl die Erfolge und Preise, die das Schauspiel in der vergangenen Spielzeit errungen hat, hoch zu schätzen und bedanken uns ausdrücklich für dieses Engagement. Wir

hoffen deshalb, dass die Kürzungen nicht zu einem Qualitätsverlust führen.

An dieser Stelle möchte ich noch eine weitere Kultureinrichtung nennen, die sich großer Anerkennung und Wertschätzung weit über Köln hinaus erfreut, was man an der breit angelegten Unterstützungskampagne unschwer erkennen kann: die Kunst- und Museumsbibliothek. Mein Kollege Börschel und ich bemühen uns zurzeit, eine Lösung gemeinsam mit dem Land zu finden, die der bundesweiten Bedeutung nicht zuletzt für Wissenschaft und Forschung gerecht wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Die Akzeptanz der Kölntage in den Museen hat uns bestärkt, sie weiter im Haushalt abzusichern. Es bleibt unser erklärtes Ziel, durch kulturelle Bildung und bessere Zugangsmöglichkeiten für alle die Kultur näher an die Menschen heranzutragen. Dazu sollen auch die Zusetzungen für die Stadtbibliothek, den Bücherbus und die Gebührensenkungen für Kinder und Jugendliche in der Rheinischen Musikschule beitragen. Noch wissen wir nicht, ob sich die Kulturförderabgabe als gerichtsfest erweisen wird. Wir sind jedoch zuversichtlich, dass dies gelingen wird. Die Akademie der Künste der Welt soll durch Mittel aus diesen Einnahmen die notwendige Finanzierung erhalten. Auch - ich will das jetzt nicht weiter ausführen - Tourismus, Stadtmarketing und die Kreativwirtschaft sollen aus diesen Titeln gefördert werden.

Die größte Herausforderung der nächsten Jahre wird der Umbau des Opernquartiers sein. Während anderswo Bühnen geschlossen werden, bekennt sich Köln mit dieser Zukunftsinvestition zu dem Leitbild, die Kulturstadt in NRW zu sein. Die Eröffnung des neuen Kulturzentrums am Neumarkt in wenigen Wochen unterstreicht ein weiteres Mal eindrucksvoll diese freiwillige Verpflichtung.

Noch ist die finanzielle Absicherung für den Bau des Hauses der Jüdischen Kultur in Zusammenhang mit der archäologischen Zone nicht gesichert. Dies wird als nächste große Aufgabe in Kooperation mit dem Land zu meistern sein. Wir sind aber stolz darauf, dass es uns auch in der Krise gelingt, wichtige Investitionen und Infrastrukturmaßnahmen zu finanzieren. Zusätzliche Mittel gibt es, Herr Streitberger, für Straßenunterhaltung und Sanierung von Radwegen, für die Sanierung von Kulturbauten,

für die Stadtverschönerung in allen Stadtbezirken und für Baumpflanzungen.

(Martin Börschel [SPD]: Schön ausgehen, Herr Streitberger, nicht wieder zurückgeben! - Karsten Möring [CDU]: Ich sehe nur eine massive Reduzierung der Mittel!)

Der Masterplan Innenstadt geht in die Umsetzungsphase. Das wichtigste Projekt wird nun begonnen, die Sanierung der Domumgebung, der Ort, der für viele Touristen der erste Kontakt mit der Stadt ist, aber auch der Ort, mit dem sich alle Kölner und Kölnerinnen am meisten identifizieren. Leider ist der Bund nicht unserem Antrag auf Förderung im erhofften Maße gefolgt. Wir haben uns trotzdem für eine hohe Gestaltungsqualität entschlossen und dürfen uns alle zusammen auf den Umbau freuen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, wir befinden uns im Jahr der Regionalen 2010, was vielen Menschen - auch vielen Ratspolitikern - offensichtlich nicht so bewusst ist, weil noch kein Vorhaben vollendet ist und manche Maßnahmen gerade erst begonnen werden.

In einigen Jahren erst wird uns der Nutzen dieses Programms deutlich und sichtbar sein. Ich hoffe, dass diese Regionale einen wichtigen Impuls gibt, dass sich Köln bewusst wird, wie eng es mit der Region verbunden ist. Wir müssen diesen Impuls nutzen, um eine Kultur des Miteinanders mit den Nachbarn zu pflegen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die interkommunale Zusammenarbeit wird im Wettbewerb mit anderen Regionen zum gegenseitigen Gewinn immer wichtiger. Viele Leistungen und Aufgaben können kostengünstiger erbracht werden, wenn man sie gemeinsam erledigt. Noch sind nicht alle synergetischen Möglichkeiten ausgeschöpft.

Das nun begonnene zehnjährige Konsolidierungsprogramm kann nur gelingen, wenn wir die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen. Es kann nur gelingen, wenn alle bereit sind, ihren Beitrag zu leisten. Deswegen bin ich froh, Herr Granitzka, dass Sie im Ausklang Ihrer Rede in Aussicht gestellt haben, dass Sie sich nicht dauerhaft verabschieden wollen. Es kann nur gelingen, wenn alle, die Forderungen an das Gemeinwesen stellen, auch den Mut haben, zu sagen, wo das zusätzliche

Geld denn herkommen soll. Die Zeiten, dass die am meisten bekommen, die am lautesten schreien oder den größten gesellschaftlichen Druck machen, sind vorbei.

(Lachen bei der FDP)

- Ich führe das noch ein bisschen aus, damit Sie mich nicht missverstehen.

Im nächsten Bürgerhaushalt sollten wir deshalb nicht nur die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger abfragen, sondern auch deren Kreativität und Vorschläge einholen, wo denn Einsparungen und Deckungen vorgenommen werden sollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf von der CDU: Haben wir doch alles!)

Wir müssen Verständnis bei den Menschen wecken, dass die öffentliche Hand nicht beliebig viele Aufgaben und Ansprüche erfüllen kann. Keine Stadt, kein Gemeinwesen kann ohne das ehrenamtliche Engagement und die Eigenverantwortung ihrer Bürger auskommen. Die Mitsprache der Stadtgesellschaft bei politischen Entscheidungen begrüßen wir ausdrücklich, beweist sie doch

(Unruhe)

- das ist ein bisschen nervig! -, dass die Menschen an ihrem Gemeinwesen interessiert sind und die vielbeschworene Politikverdrossenheit überwinden wollen. Aber gerade dann, wenn Bürgerpartizipation in unserer Demokratie eine höhere Bedeutung bekommt, müssen die Bürgerinnen und Bürger auch mehr Verantwortung übernehmen. Sie müssen sich frühzeitig in die Meinungsbildung einmischen, nicht so spät, dass teure Umplanungen zu weiteren Kostensteigerungen führen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Winrich Granitzka [CDU]: Stuttgart 21, jawohl!)

- In Ihrer Rede habe ich dazu nichts gehört. Ich wollte gerade etwas dazu sagen. Wenn Sie mir zu Ende zuhören, können wir darüber diskutieren.

(Winrich Granitzka [CDU]: Ich wollte Sie loben dafür!)

Ich finde es bewundernswürdig, mit wie viel Engagement und auch Sachkenntnis sich „Mut zur Kultur“ in die Debatte um die Zukunft der Bühnen eingemischt hat. Und ich bin froh, dass

wir entschieden haben, dem Begehren zu folgen. Trotzdem ist es schade, dass diese Einmischung ziemlich spät einsetzte. Daraus sollten wir alle für die Zukunft lernen. Diskurs und Dialog müssen am Anfang großer Projekte stehen. Dazu tragen wir unseren Teil bei. Wir müssen zuerst bei uns etwas ändern, bevor wir die Bürger kritisieren, die uns ja eigentlich wählen sollen.

Die Stadtverwaltung ist gefordert, ihre Planungen und Kostenschätzungen bei Großprojekten zuverlässiger und präziser vorzunehmen, um verlorengegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger erleichtert ist, dass schlimmere Einschnitte verhindert werden konnten. Bei aller Frustration um das zähe Ringen um Einsparungen und Deckungen bin ich trotzdem zuversichtlich, dass unser Bemühen mit Erfolg gekrönt wird. Ich bin vor allem auch deshalb zuversichtlich, weil die neue rot-grüne Landesregierung offenbar bereit ist, ihren Worten auch Taten folgen zu lassen und die Kommunen nicht im Regen stehen lässt. 18 Millionen, die die alte Landesregierung den Städten und Gemeinden vorenthalten hat, sollen noch in diesem Jahr fließen. Das ist ein weiterer Hoffnungsschimmer.

Wir werden diese Krise überwinden, wenn alle mitmachen. In diesem Sinne: Packen wir's an!

Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Moritz. Wir kommen jetzt zur Fraktion der FDP. Herr Sterck bitte.

Ralph Sterck (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich meine Ausführungen mit einem Zitat beginnen:

Die Stadt brauchte dringend Geld. Der kommunale Haushalt benötigte neue Einnahmequellen. Mit diesem Problem stand die Stadt Köln schon damals nicht allein. Spätestens seit dem 3. Jahrhundert war die Finanznot der Städte weit im römischen Reich verbreitet. Die Einnahmen reichten nicht mehr aus, um einerseits die Steuern und

Dienstleistungen für den Kaiser zu finanzieren,

(Martin Börschel [SPD]: Was früher der Kaiser war, ist heute Schwarz-Gelb!)

andererseits die städtische Verwaltung mit ihren Aufgaben aufrechtzuerhalten.

Diesen aufschlussreichen Blick zurück in die Kölner Geschichte gewährte Prof. Ernst Baltrusch von der Freien Universität Berlin bei einem Vortrag vor gut einem Monat im Hansasaal des Historischen Rathauses zu Köln anlässlich des Tages der Jüdischen Kultur. Er zeigte darin auf, dass das im Jahre 321 von Kaiser Konstantin gewährte und 100 000 Sesterzen teure Recht, Ratsmitglied zu werden, den reichen jüdischen Mitbürgern insbesondere aus finanziellen Gesichtspunkten gewährt wurde.

Dieser Blick zurück belegt aber auch das reichhaltige historische Erbe unserer Stadt, zu dem Menschen aus aller Herren Länder und allen Religionen beigetragen haben. Nirgends in Deutschland - vielleicht sogar in ganz Europa - ist dies an einer einzigen Stelle so fokussiert überliefert wie durch die Ausgrabungen unter dem Kölner Rathausplatz. Wir sind mit dem Projekt einer Archäologischen Zone und eines Hauses und Museums der Jüdischen Kultur so kurz vor dem Ziel. Ich fordere alle Beteiligten in Köln und bei den Zuschussgebern auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um dieses Projekt der Regionale 2010 zum Erfolg zu führen.

(Beifall bei der FDP sowie von Teilen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie sehen, die Haushaltprobleme sind nicht ganz neu. Die FDP hat deswegen den Kurs des kommissarischen Kämmers Walter-Borjans unterstützt, der Stadt einen zehnjährigen Konsolidierungskurs zum Beispiel durch einen Abbau von Ausgaben und Subventionen zu verordnen. Der vorgegebene Weg entspricht dem von unserer Landtagsfraktion für notleidende Kommunen vorgeschlagene „Masterplan schwarze Null“. Zig entsprechende Antwortbriefe an wehklagende Zuschussempfänger haben wir in den vergangenen Monaten verschickt. Auch wenn die Zügel durch die Ratsmehrheit heute - in einigen Bereichen auch zu Recht - etwas gelockert werden, bleiben wir unserer positiven Begleitung dieses Sparkurses treu.

So sind auch die Investitionen in die Infrastruktur lobend zu erwähnen, auch wenn es oft nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Der Kollege Möring hat eben dazwischengerufen: Es ist nachher noch viel weniger, als wir in den vergangenen Jahren gehabt haben. Viel zu lange hat die Stadt nach dem DDR-Motto gehandelt: Ruinen schaffen auch ohne Waffen.

Leider ist es uns Liberalen in der letzten Legislaturperiode des Landtags bei der alten Landesregierung nicht gelungen - das gebe ich gerne zu -, das Land an der Finanzierung Kölner Kulturinstitutionen, die ein Alleinstellungsmerkmal in ganz Nordrhein-Westfalen darstellen, zu beteiligen. Hier wünsche ich der Ratsmehrheit bei der neuen Landesregierung mehr Glück, zum Beispiel aus dem Gürzenich-Orchester eine Staatsphilharmonie in Nordrhein-Westfalen zu machen.

(Beifall bei der FDP sowie von Teilen der CDU)

Mit der Übernahme des Beteiligungsportfolios der Sparkasse KölnBonn begehen wir sicher einen ordnungspolitischen Sündenfall, der aber aus übergeordneten Erwägungen geboten ist. Wir müssen zusehen, dass wir diese „verstaatlichten“ Unternehmen und andere entbehrliche städtische Beteiligungen so schnell wie möglich auf den Markt bringen.

Die FDP bringt sich kritisch, konstruktiv und kreativ in die Weiterentwicklung unseres Stadtbildes ein. So stehen heute allein drei Projekte, die wir angestoßen haben, zur Abstimmung auf der Tagesordnung: Zum Ersten der Abriss des Anbaus an Gleis 1 des Hauptbahnhofes im Rahmen der städtebaulichen Neuordnung des Domumfeldes, der den Raum im Bereich Dionysoshof und Baptisterium unnötig einschnürt und dessen Wegfall wir bereits im Zusammenhang mit dem Bau der neuen Domtreppe 2001 beantragt haben. Zum Zweiten - das ist eben schon gesagt worden - die Wiederherstellung des Tonnendaches auf dem Gebäude der Flora, die wir im Zusammenhang mit der nötigen Generalsanierung im Jahre 2006 beantragt hatten und die zunächst und immer wieder zwischendurch nicht realisierbar erschien. Und zum Dritten die Teilinbetriebnahme der Nord-Süd-U-Bahn erst mal von Norden bis zum Kapitol, die wir im Sommer letzten Jahres ins Gespräch gebracht hatten und die die KVB erst mit „apokalyptischen“ Kosten- und Zeitrechnungen für unmöglich erklären wollte.

Ich bin froh, dass die KVB noch zu einem anderen Ergebnis gekommen ist.

Sie sehen, auch bei knappen Kassen lassen sich Spuren in der Stadt hinterlassen.

Insgesamt ist festzustellen, dass der nun nach den Veränderungsnachweisen der Verwaltung und den Änderungsanträgen der Ratsmehrheit vorliegende Haushaltsplanentwurf in die richtige Richtung weist und gute Gründe gibt, warum die Liberalen ihn nicht ablehnen können.

(Beifall bei der FDP sowie von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

Um den eingeschlagenen Kurs der Haushaltskonsolidierung fortzusetzen, setzen wir insbesondere auf die neuen Dezernentinnen Frau Klug und Frau Reker. Wir haben sie in der vergangenen Woche in zwei Runden „unter die Lupe“ genommen. Die neue Kämmerin wird hoffentlich endlich die versprochene zusätzliche Transparenz des Neuen Kommunalen Finanzmanagements ermöglichen; denn die Verabschiedung des städtischen Haushaltes entspricht in den meisten Bereichen immer noch einem Blindflug des Rates bzw. einem Blankoscheck, den wir der Verwaltung ausstellen.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP])

Und die neue Sozialdezernentin wird hoffentlich endlich den in allen Wirtschaftslagen galoppierenden Sozialetat in den Griff bekommen. Die Vorgängerin hat uns immer nur berichtet, was alles nicht geht und gefühlt in jeder Ausschusssitzung neue finanzielle Nachforderungen gestellt. So wie wir die beiden neuen Damen kennengelernt haben, trauen wir ihnen dies zu. In diesem Sinne werden wir sie mit einem Vertrauensvorschuss in Form der FDP-Stimmen bei ihrer Wahl unterstützen.

(Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Meine sehr verehrte Damen und Herren, die Stadt Köln hat sich in den vergangenen Jahren sehr kreativ bei der Einführung neuer Steuern gezeigt und damit für unrühmliche Schlagzeilen gesorgt. Nach der Sexsteuer kam in diesem Jahr die Bettensteuer. Inwieweit sie rechtlich Bestand haben wird, werden die kommenden Monate und Jahre zeigen. Doch der wirtschaftliche Schaden für die Stadt ist bereits da. Mir liegt eine Dienstanweisung der Bayer AG - nicht gerade ein kleines Unternehmen auf Kölner Boden - vor, in der es unter der Überschrift

„Kulturförderabgabe der Stadt Köln“ heißt: „Wir empfehlen zukünftig, Buchungen alternativ in Leverkusen oder Düsseldorf zu platzieren.“ Das ist der GAU, meine Damen und Herren von Rot-Grün, für die Hotellerie und Gastronomie, vor dem wir in diesem Zusammenhang immer gewarnt haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Von der bürokratischen Lawine, die da auf Köln zuläuft, wenn die Bayer AG ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dem genannten Schreiben darauf hinweist, dass der Erstattungsantrag bei der Stadt eingereicht werden soll, mal ganz abgesehen. Sechs neue Stellen sind dafür bereits schon geschaffen. Ich bin mal gespannt, wie viele wir am Ende brauchen, um das entsprechend zu bewältigen.

Eigentlich noch toller wird die Sache, wenn man an die von SPD und Grünen vorgesehene Erhöhung der Gewerbesteuer denkt. Steht doch im Koalitionsvertrag vom Januar dieses Jahres, als ein Ende der Krise mit steigenden Steuereinnahmen noch nicht absehbar war - Herr Börschel hat das eben bestätigt -: „Der Gewerbesteuerhebesatz soll stabil bleiben, um die Wettbewerbsfähigkeit Kölns zu erhalten.“ Im Januar dieses Jahres im Koalitionsvertrag!

(Beifall bei der FDP)

Und Herr Frank hat noch am 23. März hier in diesem Rat gesagt: „Wir planen keine Gewerbesteuererhöhung.“

(Zuruf von der FDP: Aha!)

Jetzt planen Sie sie doch.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Haben wir auch nicht! Die Lage ist
ernster geworden!)

Gilt es plötzlich nicht mehr, die Wettbewerbsfähigkeit Kölns zu erhalten? Sie erreichen damit einen Gewerbesteuerhebesatz, der im Vergleich der deutschen Großstädte nur von München übertroffen wird, das seinen Unternehmen unzweifelhaft bessere Standortbedingungen bietet. Die IHK nennt in ihrer Resolution von letzter Woche den Hebesatz von Bonn und Leverkusen mit 460 Prozent die oberste Schmerzgrenze.

Weil das gerade schon angeklungen ist, will ich das gerade noch ergänzen: Die 22 Jahre konstanter Hebesatz - es hört sich fast so an, als wäre bei der Gewerbesteuer nichts passiert -

werden vom wachsenden Beitrag der Kölner Wirtschaft für die Finanzausstattung der Stadt Köln in den Schatten gestellt. Sie hat im Jahr 1988 463 Millionen Euro bezahlt und wird in diesem Jahr mindestens 905 Millionen Euro zahlen. Das ist fast eine Verdopplung der Steuereinnahmen aus der Kölner Wirtschaft. Hinzu kommen Einkommen-, Grund-, Umsatz- und Vergnügungsteuer. Also sagen Sie nicht, die Kölner Wirtschaft habe keinen Beitrag geleistet!

(Beifall bei der FDP und der CDU - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Hat auch keiner gesagt!)

Gilt nicht eigentlich für die Unternehmen, die auch aufgrund Ihrer Steuergarantie - auch im Wahlkampf noch vom Oberbürgermeister so ausgesprochen - nach Köln gekommen sind, wie Generali aus Aachen, Microsoft oder der Sportinformationsdienst aus Neuss, Vertrauensschutz? Und was ist mit Unternehmen wie Lanxess, die eigentlich ihren Standort noch nach Köln verlagern wollten? Wollen Sie diese Unternehmen für den Standort Köln vergraulen?

Aber es geht nicht nur um die großen Unternehmen, es geht um die vielen kleinen. Lassen Sie mich dazu aus einer Zuschrift eines Bürgers zitieren:

Wen trifft eigentlich die angedrohte Gewerbesteuererhöhung? Gibt es in Köln nicht viel, viel mehr Schuster, Metzger, Schneider, Kioskbesitzer ... kleine Firmen, die unter dieser Neuregelung leiden werden, als Großkonzerne, von denen es in Köln kaum welche gibt?

(Beifall bei der FDP)

Und wenn die Linken - auch das ist eben schon angesprochen worden - sogar eine noch höhere Gewerbesteuer fordern, dann lese ich Ihnen gerne noch weiter vor, was der Herr geschrieben hat:

Was dieser linke Depp gesagt hat, die Wirtschaft würde so an den Kosten der Finanzkrise angemessen beteiligt, ist ja der nackte Wahnsinn! Was hat das kleine Büro für Mediengestaltung mit der Finanzkrise zu tun, außer, dass es einen deutlichen Auftragsrückgang zu verbuchen hatte?

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Detjen, bevor sie sich persönlich angesprochen fühlen: Es ist nicht überliefert, ob Sie mit dem linken Depp gemeint sind.

(Zuruf von der CDU: Aber es ist zu vermuten! - Heiterkeit)

Und zur Erinnerung: Notwendig, um ein Haushaltssicherungskonzept zu verhindern, ist die Steuererhöhung nicht. Diese von Ihnen geworfene Nebelkerze ist längst widerlegt. Die Gewerbesteuererhöhung ist für über den Durst und schafft Ihnen ein schönes Polster, um das ein oder andere Geschenk zu verteilen.

Komisch ist - da muss ich Kollegin Moritz widersprechen -, dass es einerseits Parteien gibt, die für vor der Wahl angekündigte Steuersenkungen kritisiert werden, während andere für vor der Wahl bestrittene Steuererhöhungen ungeschoren davon kommen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Und wo wir schon bei Wahlversprechen sind, bin ich froh, dass ich noch eine Sache richtigstellen kann, die uns Herr Börschel eben vorgeworfen hat: Unsere Bundespartei hat eine Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen durchgesetzt. Es ist nicht so, dass die FDP fordern würde, die Gewerbesteuer ersatzlos zu streichen. Wir wollen, wie im Koalitionsvertrag in Berlin vereinbart, einen aufkommensneutralen Ersatz der stark schwankenden und damit unsicheren Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und durch einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer mit eigenem Hebesatzrecht. Also sagen Sie nicht immer, die FDP wolle die Abschaffung. Wir wollen es solide machen, damit wir für die kommenden Jahre solide planen können.

(Beifall bei der FDP)

Aber mit der neuen Bettensteuer und der Gewerbesteuererhöhung liegen für uns Liberale gewichtige Gründe vor, warum wir diesem Haushalt nicht zustimmen können.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Oh!)

Sehr geehrte Damen und Herren, am 30. August 2009 haben die Bürgerinnen und Bürger bei der Köln-Wahl einer rot-grünen Ratsmehrheit unter Führung eines „gleichfarbigen“ Oberbürgermeisters alle Instrumente der Macht in die Hände gegeben, um die Stadt aus der Krise zu führen. Jetzt - ein Jahr, einen Monat und

eine Woche später - ist es an der Zeit, eine erste Zwischenbilanz zu ziehen.

Herr Oberbürgermeister, ich habe mir Ihre Rede vom 13. Juli zur Einbringung des heute zu verabschiedenden Doppelhaushaltes nochmals genau angeschaut, weil ich schon damals den Eindruck hatte, dass die Rede austauschbar ist und dass darin das für Köln Spezifische gefehlt hat. Und tatsächlich: Beim Nachlesen fällt auf, dass Sie zwar siebenmal das Wort „Köln“ benutzt haben, aber kein einziges allein mit Köln verbundenes Projekt oder eine Eigenart erwähnt haben. Sie haben sich in sehr vielen haushaltstechnischen Dingen verstiegen. Wenn man in der Rede am PC das Wort „Köln“ über die Befehle „Bearbeiten“ und „Ersetzen“ durch den Namen unserer nördlichen Schwesterstadt ersetzt - Sie werden es nicht glauben, Ihre Rede funktioniert noch immer.

(Heiterkeit bei der FDP)

Was ich damit sagen will: Sie sind zwar redlich bemüht, die Verwaltung zu führen, aber haben bisher kein Leitprojekt für Ihre sechsjährige Amtszeit gefunden, wie es in einer Veröffentlichung in diesem Sommer hieß. Dass zehn Jahre nach dem ersten Wettbewerb noch immer keine Bagger für die MesseCity in Sicht sind, ist insbesondere der linken Ratsmehrheit anzulasten. Das von uns vorgeschlagene Instrument einer Entwicklungsgesellschaft wurde - wahrscheinlich weil von der falschen Fraktion vorgeschlagen - abgelehnt, obwohl es nun beim Clouth-Gelände für adäquat gehalten wird.

(Beifall bei der FDP)

Dass die SPD und Sie, Herr Oberbürgermeister, nicht verhindert haben, dass durch eine Umplanung der nördlichen Gürtelvollendung diese wichtige Entlastungs- und Verbindungsstraße auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben wurde, ist ein herber Rückschlag für alle Anwohnerinnen und Anwohner der statt dessen belasteten Schleichwege.

(Beifall bei der FDP)

Und die Tieferlegung der Hochbahn ist dazu noch ein Treppenwitz grüner Verkehrsideologie.

(Beifall bei der FDP)

Ja, wir haben dank der Unterstützung der Kölner Wirtschaft und der hervorragenden Arbeit des Büros Albert Speer & Partner inzwischen einen städtebaulichen Masterplan für die Kölner Innenstadt. Es ist ein Regiebuch für die weitere

Entwicklung unserer Stadt, das mit Leben gefüllt werden muss. Am Ende dieses Prozesses könnte als Höhepunkt eine Bundesgartenschau zur Führung des inneren Grüngürtels im Süden an den Rhein und eine Internationale Bauausstellung im Jahre 2023 in Köln stattfinden. Setzen Sie sich an die Spitze der Bewegung, und die Stadt wird Ihnen ewig dankbar sein, Herr Oberbürgermeister.

Oder machen Sie als ehemaliger Polizeipräsident gemeinsam mit den zuständigen Stellen Köln zur sichersten und saubersten Großstadt Deutschlands! Die Kölnerinnen und Kölner würden Sie dafür lieben. Denn nichts mehr als eine zupackende Standortpolitik wünscht man sich in dieser Stadt von Rat und Verwaltung. Damit man auf seine Heimatstadt wieder uneingeschränkt stolz sein kann und Köln im Wettbewerb mit den Umlandgemeinden und den anderen Städten auf der Rheinschiene, ja, mit den deutschen Millionenstädte und den europäischen Metropolen punktet.

(Beifall bei der FDP)

Sehr geehrte Damen und Herren, seit der letzten Verabschiedung eines städtischen Haushaltes im Juni 2008 ist in Köln viel passiert. Das einschneidendste Ereignis war sicher der Einsturz des Historischen Archivs, der nicht nur zwei Menschen mit in den Tod riss und unschätzbare Kulturgüter vernichtete, sondern auch das Vertrauen der Bevölkerung in handelnde Personen und Institutionen massiv gestört hat. Nichts ins seither mehr, wie es war. Eine Hauptaufgabe bei Planungsprozessen ist künftig - das hat die Kollegin Moritz eben auch schon gesagt -, die Bürgerinnen und Bürger einzubinden und mitzunehmen; ob bei einem kleinen Kreisverkehr hinter der Agneskirche oder einem Neubauprojekt in der kleinteiligen Struktur Müngersdorfs.

Auch Köln hat sein „Stuttgart 21“, und das ist der Neubau des Schauspielhauses. Den Schuh des gescheiterten Neubaus müssen sich die beiden Oberbürgermeister Fritz Schramma und Jürgens Roters anziehen. Ihr Vorgänger, Herr Roters, hat den Prozess in seiner Amtszeit nicht beherzt abgeschlossen und stattdessen im Sommer letzten Jahres Planungspausen verordnet. Und Sie haben die Bürgerschaft bei Ihren Planungen nicht mitgenommen und nicht versucht, die nötigen politischen Mehrheiten in diesem Rat zu organisieren, was aus meiner Sicht möglich gewesen wäre.

Wenn Rot-Grün jetzt am Montag im Finanzausschuss die Vorschläge zum Bürgerhaushalt nur noch als Alibi für eine eigene Prioritätensetzung missbraucht, wird man mehr Frust als Partizipation ernten. Sie haben mit einer kleinen Abstimmung zu Ihren Gunsten einen großen Schaden angerichtet, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün: Der Bürgerhaushalt für Köln ist damit tot.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir brauchen mehr Professionalität bei der Durchführung politischer Prozesse, damit aus einem angestoßenen Projekt am Ende auch noch etwas Gescheites rauskommt. Dazu gehört auch, dass die Ratsmehrheit mehr auf die Inhalte politischer Initiativen schaut als auf den Absender. Denn viele abgelehnte Initiativen hätten die Stadt gutgetan.

(Beifall von Manfred Rouhs [pro Köln])

Köln ist seit Mai wieder Millionenstadt - ein Ziel, auf das wir alle seit 34 Jahren hingearbeitet haben. Aber damit verbunden ist auch die Pflicht, sich in dieser Liga der Millionenstädte in Deutschland mit den Mitbewerbern vergleichen zu lassen.

Köln als in der Antike größte römische Stadt nördlich der Alpen ist nach gut 2000 Jahren wieder Millionenstadt geworden. Doch zu wünschen bleibt, meine Damen und Herren, dass sie sich zukünftig mehr wie die kleinste deutsche Millionenstadt verhält und nicht wie das größte deutsche Dorf. Um es kurz zu sagen: Köln kann mehr. Arbeiten wir dran!

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Sterck. Wir kommen jetzt zur Fraktion pro Köln. Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich darf heute zum ersten Mal eine solche Haushaltsdebatte mit gestalten und muss ehrlich sagen: Was ich hier die ersten eineinhalb Stunden an Redebeiträgen erlebt habe, hat mich schon sehr enttäuscht. Ich habe nur sachfremde Redebeiträge gehört. Es geht um diesen Haushaltsplan - insgesamt sind das drei Bände -; ich habe ihn mal mitgebracht, damit die Bürger

auf der Tribüne das auch sehen können. Es geht um die kommunale Selbstverwaltung der Bürger. In keinem Redebeitrag habe ich gehört, dass wir über einen Kassensturz sprechen. Ich habe auch nicht gehört, dass diese Stadt im Jahr 2010 2,9 Milliarden Euro einnehmen möchte und dabei ein Defizit von 415 Millionen Euro hat. Das ist also die Planung für das Jahr 2010 bzw. für das Jahr 2011; da sind die Zahlen in etwa identisch.

Jetzt stellen Sie sich mal vor, der Bürger zuhause wollte das nachvollziehen: Meinen Sie, er würde mit Blick auf seine eigene Jahresplanung sagen: „Weiter so! Schauen wir mal, was passiert!“? Das wird er natürlich nicht tun. Jeder Haushalt - nicht nur die schwäbische Hausfrau - ist darauf angewiesen, Ausgaben und Einnahmen in einen Gleichklang zu bringen; daran führt kein Weg vorbei.

(Beifall bei pro Köln)

Damit das klar ist: Ich habe den Eindruck, dass die größte Parallelwelt in Köln die politische Welt ist. Die Bürger, die jetzt am arbeiten sind und keine Zeit haben, die Debatte zu verfolgen und sich ein Urteil zu bilden, die haben gar kein Interesse mehr, weil sie sich sagen, die machen ja eh, was sie wollen, wir haben ja keinerlei Einfluss mehr. Getrost kann man sagen, dass sich immer mehr Kölner fremdbestimmt in dieser Stadt fühlen, weil sie von Gebühren traktiert werden, weil ihnen immer mehr von ihrem Netto weggenommen werden soll.

Dass wir Arbeitsplätze hier in Köln besteuern wollen, ist wirklich die Spitze. Von einer Gewerbesteuererhöhung ist die Rede. Aber das stimmt ja gar nicht. Unsere Fraktion ist selbstverständlich für höhere Steuereinnahmen. Man möchte hier den Hebesatz erhöhen, der in anderen Städten niedriger ist. Da muss man doch verstehen, wenn Arbeitsplätze verlagert werden. Das Budget in dieser Stadt erwirtschaften ja diese Bürger; das macht nicht der Stadtrat, auch wenn Sie sich das vielleicht so einbilden.

(Beifall bei pro Köln)

Hier wird ein Kassensturz für das Jahr 2010 gemacht. Allerdings haben wir schon den Oktober dieses Jahres. Das kann sich kein Haushalt, das kann sich kein normales Unternehmen erlauben, dass man die Finanzplanung für das laufende Jahr erst im Oktober macht. Gut, man kann sagen, das ist die politische Parallelwelt. Aber warum machen wir das so? Weil wir eine Genehmigung vom

Regierungspräsidenten brauchen. Herr Roters, ich sage Ihnen eines: Ich bin mir nicht sicher, ob Sie in Ihrer früheren Funktion als Regierungspräsident ein solch unseriöses Machwerk genehmigt hätten.

(Beifall bei pro Köln)

Es geht anscheinend nicht um das Wohl dieser Stadt, sondern um das Wohl der politischen Klasse.

Wir hatten im Jahr 2009 im Herbst, wie sich das gehört, mit der Finanzplanung für 2010 begonnen. Diese Finanzplanung ist zurückgezogen worden - aber doch nicht aus inhaltlichen Gründen. Sie ist zurückgezogen worden, weil wir eine Landtagswahl hatten. Da wollten Sie keinem wehtun,

(Beifall von Markus Wiener [pro Köln])

da wollten Sie Ihr Versagen nicht offenlegen. Es ist ein politisches Versagen, wenn man einen Haushalt einbringt, der eine Deckungslücke von 415 Millionen Euro hat. Das versteht kein Mensch.

(Beifall bei pro Köln)

Wir dachten, hier gäbe es eine inhaltliche Debatte über dieses Zahlenwerk, das wir in unserer Fraktion durchgearbeitet haben. Nein, stattdessen hören wir nur Allgemeinplätze. Man versucht, unsere Fraktion in der Redezeit zu beschränken und zu sagen, ihr dürft eure Vorschläge bei diesem umfangreichen Werk gar nicht anbringen. Man hört die ganze Zeit Reden, bei denen man einschläft. Außerdem wird kaum eine Zahl genannt. Herr Börschel, es hieß eben, Sie hätten Lyrik vorgetragen. Ich kann dazu nur sagen: Herr Granitzka, Sie haben ein komisches Verständnis von Lyrik.

(Heiterkeit bei pro Köln)

Es geht einfach darum, den Bürger einzulullen und ihm klarzumachen, das sei alles naturgegeben, was auf ihn zukommt. Nein, es ist nicht naturgegeben, es ist hausgemacht, dass den Menschen immer weniger von ihrem Nettogehalt in der Tasche bleibt. Darum geht es ja bei einem kommunalen Haushalt. Die anderen Körperschaften, Land und Bund, haben abgegriffen von der Einkommensteuer, und wir müssen das hier über die lokalen Gebühren machen.

Trotz alledem - obwohl unsere Gebühren so hoch sind, obwohl unsere Hebesätze so hoch

sind - kommen Sie mit dem Geld nicht hin. Das ist doch nicht ein Fehler der Bevölkerung, das ist der Fehler der gesamten politischen Klasse in Köln.

(Beifall bei pro Köln)

Besser wird es auch nicht dadurch, dass die vermeintliche Opposition hier von Fantasielosigkeit redet. Herr Granitzka hat eben konstatiert, Köln sei die nördlichste Stadt Italiens. Das lassen wir so stehen. Ich behaupte: Tatsächlich ist Köln die Hauptstadt des Balkans.

(Beifall bei pro Köln)

Wir schimpfen über Griechenland. Ich bin mir nicht sicher, ob Sie mit diesem Zahlenwerk, das Sie von mir aus von Ihren Parteifreunden genehmigt bekommen, damit Ruhe ist im Volk - Stuttgart 21 zeigt ja, wie die Stimmung tatsächlich ist: das sind Beruhigungspillen, die Sie im Volk verteilen -, zwei Jahre durchhalten. Denn wenn man die Zahlen addiert, haben Sie innerhalb dieses Zeitraums ja fast 800 Millionen an Leistungsausgaben, die nicht gedeckt sind.

Sie wollen dem Bürger noch weiter in die Tasche greifen, und das verkaufen Sie dann als soziale Balance. Das ist nicht zu verstehen. Eines ist aber zu verstehen, nämlich das Phänomen der Politikverdrossenheit. Wenn Sie das, was Sie Haushalt nennen, in der Bevölkerung zur Abstimmung stellen würden, bekämen Sie dafür niemals eine Mehrheit; da bin ich mir ganz sicher. Aber die Bevölkerung zieht sich ja zurück, zum Teil haben wir nur noch Wahlbeteiligungen von 40 Prozent. Was sind das denn für Leute, die noch zur Wahl gehen? Es ist die Klientel der etablierten Parteien.

Woher kommt eigentlich der Klientelbegriff her? „Klientel“ ist die Tischgemeinschaft eines römischen Volksvertreters. Der hatte seine Tischgesellschaft zufriedenzustellen, damit sie ihn wiederwählt. Genauso ist es bei Ihnen auch. Die schweigende Mehrheit aber geht nicht mehr zur Wahl, weil sie sich sagt: Es hilft alles nicht, sie greifen uns immer wieder in die Tasche.

(Beifall bei pro Köln)

Ein Akt vollkommener Schamlosigkeit! Zusammenfassend kann man das nicht anders nennen als Abzockehaushalt.

Wir von der Bürgerbewegung pro Köln haben zu diesem Haushalt politische Änderungsanträge. Wir fordern - was an sich selbstverständlich ist -, dass die Kunst- und Museumsbibliothek der

Stadt Köln erhalten bleibt. Diese Einrichtung hat, Frau Moritz, nicht nur landesweit Renommee, sie hat weltweit Renommee. Die Bücher werden teilweise bis nach New York ausgeliehen. Es kann doch nicht sein, dass eine Stadt, die heute Nachmittag beschließen will, 240 Millionen Euro für eine Sanierung auszugeben, eine solche Einrichtung schließen will. Das kann nicht sein.

(Beifall bei pro Köln)

Apropos Sanierung: Zum Schauspielhaus. 240 Millionen will man in die Hand nehmen - so steht es in einem Vorschlag der Verwaltung -, aber eingestellt in den Haushalt ist das Geld gar nicht. Woraus wollen Sie das bezahlen? Aus welcher Haushaltsstelle ist das zu entnehmen? Sie mogeln das irgendwann wieder herein. Herr Roters, Sie bleiben Antworten schuldig.

(Beifall bei pro Köln)

Wie kann es eigentlich sein, meine Damen und Herren, dass derjenige, der am meisten Abgaben leistet, nämlich die IHK, eine fast zweiseitige Resolution an die Stadt Köln schickt, dies aber hier überhaupt keine Resonanz findet? Es muss erst die Bürgerbewegung Köln kommen und das in die Diskussion einbringen. Das wollten Sie anscheinend verschleiern.

Eines ist klar: Wirtschaft und Soziales gehören zusammen. Sozial umverteilt werden kann nur das, was Sie vorher erwirtschaftet haben.

(Beifall bei pro Köln)

Aber klar ist auch, Frau Moritz: Natürlich müssen wir Angst haben vor Umlandgemeinden. Es gibt die Gemeinden im Umland, wo die Bürgermeister an den Autobahnausfahrten ganz groß plakatieren: Verlagern Sie Ihren Betrieb in unsere Stadt, bei uns gibt es keinen Gewerbesteuerhebesatz. Es ist natürlich interessant, dieses Phänomen zu beobachten, wenn wir durch den Rhein-Erft-Kreis fahren. Fast jedes Jahr siedeln sich dort Unternehmen an, die vorher in Köln waren - weil man sich Köln einfach nicht mehr leisten kann. Das darf nicht sein.

(Beifall bei pro Köln)

Wir haben uns schon in der letzten Sitzung ganz klar dafür ausgesprochen, dass der Hebesatz zur Gewerbesteuer nicht erhöht wird. Die Wirtschaft leistet einen erheblichen Beitrag - die IHK hat es aufgeführt -: 900 Millionen Euro schießt man der Stadt jedes Jahr dazu. Die Besteuerung darf nicht noch erhöht werden.

Was ist eigentlich mit der Sanierung der Zoobrücke, lieber Herr Oberbürgermeister? Sie haben uns eindringlich vor Augen geführt, das sei unumgänglich, das gebiete unsere Verkehrssicherungspflicht. Wo finden wir das im Haushalt? Wollen Sie warten, bis die Brücke einkracht, um dann Investitionsmittel von der EU zu bekommen?

(Beifall bei pro Köln - Zuruf von Jörg Detjen [Die Linke.Köln])

- Ich habe Sie nicht verstanden, Herr Detjen. Aber jetzt kommen wir zu einem Thema, bei dem Sie bestimmt dazwischenrufen: Integrationsmaßnahmen. Wir fördern jeden Kurs aus der kommunalen Kasse mit 900 Euro. Es kann nicht sein, dass die einheimische steuerzahlende Bevölkerung Integrationsleistungen für Zuwanderer bezahlt.

(Beifall bei pro Köln)

Das ist auch ungerecht denen gegenüber, die nie solche Kurse besucht haben und bestens integriert sind. Diejenigen, die das selber gemacht haben, weil sie sich eingegliedert haben, weil sie die Sprache gelernt haben, die Kultur aufgenommen haben, die mitmachen wollen und sehen, wie gut es hier ist, ärgern sich am meisten. Es geht alles auch zu deren Lasten. Die zahlen nämlich viele Steuern. Es kann nicht sein, dass Integrationsunwillige auch noch 900 Euro dazugeschossen bekommen. Das geht nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei pro Köln)

Bezirksorientierte Mittel - dieser Verfassungsgrundsatz wurde 1998 vor dem Verfassungsgericht in Münster erstritten. Da hieß es, die Bezirksvertretungen vor Ort, also die Bezirksräte, sollen über einen Teil der Gelder selber entscheiden. Großzügig, wie man hier im Rat ist - sagen wir besser: arrogant -, hat man denen gesagt: Ihr bekommt 35 Cent pro Einwohner. Meine Damen und Herren, das sind doch keine Beträge, bei denen man handlungsfähig ist. Das ist eine Veräppelung der Bezirksvertreter, die nahe dran sind, die schnell entscheiden können, die vor Ort ein Loch stopfen können, bevor es zu groß ist. Man braucht dort handlungsfähige Beträge. Wir sagen ganz moderat: 1 Euro pro Einwohner, damit man schnell helfen kann.

(Beifall bei pro Köln)

Das muss drin sein, und das kriegen Sie in Ihr komisches Zahlenwerk auch noch eingearbeitet.

Wir können es zusammenfassen: Das Ganze verdient den Namen „Haushaltsgesetz“ - wir verabschieden ja hier eine Haushaltssatzung - nicht im Geringsten. Es geht wieder zulasten der Bevölkerung. Wir machen da nicht mit.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zur Fraktion Die Linke. Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Bei den Haushaltsberatungen vor zwei Jahren haben wir Rot-Grün empfohlen, die Gewerbesteuer um 30 Hebepunkte hochzusetzen. Erst jetzt, wo der Stadt Köln das Wasser bis zum Halse steht, erhöhen Sie die Gewerbesteuer - aber nur um 25 Punkte. Wenn Sie unserem Rat vor zwei Jahren gefolgt wären, hätte die Stadt Köln heute circa 100 Millionen Euro mehr in der Kasse. Die sozialen und kulturellen Kürzungen hätte man auf diesem Wege verhindern können.

Nach unseren Rechnungen fehlen SPD und Grünen bei diesem Haushalt circa 14 Millionen Euro. Man hätte all diese Kürzungen zurücknehmen können; es wäre möglich gewesen.

Deshalb haben wir auch den Vorschlag gemacht, in diesem Jahr die Gewerbesteuer nicht um 25, sondern um 40 Hebepunkte hochzusetzen. Das hätte zu einer realen Erhöhung von 1,4 Prozent geführt, statt wie bei Rot-Grün um 0,9 Prozent. Davon geht meines Erachtens kein Betrieb kaputt und kein Unternehmer verliert seine Existenz. Das ist auch keine systemerschütternde Forderung, sondern eine Köln erhaltende, stabilisierende Maßnahme, um eine solidarische Stadt für alle Menschen, mit und ohne deutschen Pass, zu erreichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, wenn Sie heute so tun, als ob damit die Welt unterginge, möchte ich Sie auf zwei Vorgänge hinweisen:

Erstens. Ich kann mich sehr gut noch an das Jahr 2004 erinnern. Seinerzeit gab es noch einen Kämmerer namens Sóenius, der in schwieriger Situation den neuen Haushalt plante. Das letzte Mittel, das bei ihm vorgesehen war,

war die Erhöhung der Gewerbesteuer. Ich habe darüber mit ihm gesprochen. Über das Argument, es würde der Kölner Wirtschaft schlechter gehen, die Unternehmen würden abwandern usw., hat er nur laut gelacht. Das ist die Realität: Auch Sie haben schon einmal erwogen, die Gewerbesteuer zu erhöhen.

Zweitens. Die IHK spricht in ihrer Resolution gegen die Gewerbesteuererhöhung selbst davon, dass das Niveau nicht „460 v. H. überschreiten“ dürfe, das wäre faktisch eine Erhöhung um 10 Punkte. Herr Bauwens-Adenauer hat im Interview im Stadt-Anzeiger sogar gesagt, eine „befristete Gewerbesteuererhöhung“ sei möglich. Unter diesen Gesichtspunkten müssen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, doch einmal darüber nachdenken: Es wäre möglich gewesen, die Gewerbesteuer etwas deutlicher zu erhöhen. Denn insgeheim - das können Sie den Zitaten entnehmen - schmuzzeln die Unternehmen über Ihre moderate Gewerbesteuererhöhung.

(Beifall bei der Linken.Köln -
Widerspruch bei der FDP)

Die Linke-Ratsfraktion hat im Gegensatz zur FDP im Jugendhilfeausschuss und im Finanzausschuss einen sehr detaillierten Veränderungsnachweis vorgelegt, in dem wir relativ genau gesagt haben, was wir wollen und was wir nicht wollen. Danke an die Verwaltung für die Unterstützung mit Zahlenmaterial!

Mit unseren Vorschlägen wären die sozialen und kulturellen Kürzungen zurückgenommen worden und 2011 sogar noch 16 Millionen Euro in die Schuldentilgung geflossen.

Jetzt haben wir Kürzungen zwischen 2 und 10 Prozent. Gerade die Träger, die hohe Personalkosten haben, hat es besonders getroffen, weil die Verwaltung die Steigerung der Lohnkosten in ihrer Berechnung einfach ausgeblendet hat. Wir haben zwar keine 12,5-prozentige Kürzungen mehr, aber doch Kürzungsbeträge, die die Existenz der einen oder anderen sozialen oder kulturellen Initiative in Gefahr geraten lässt. Deswegen, meine Damen und Herren, ist nicht ausgeschlossen, dass diese Strukturen noch zusammenbrechen. Das ist damit nicht entschieden. Wir müssen um den Erhalt dieser Strukturen kämpfen.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Meine Damen und Herren von SPD und Grünen: Ohne den Protest der verschiedenen sozialen und kulturellen Initiativen, darunter die Wohlfahrtsverbände, der DGB und das Bündnis gegen Sozial- und Kulturabbau, hätte diese Entwicklung nicht stattgefunden. Ohne sie wäre es nicht so weit gekommen. Deshalb noch mal mein Dank an diese Initiativen, dass sie aktiv geworden sind.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Lassen Sie uns weiter gemeinsam gegen Sozial- und Kulturabbau kämpfen. Widerstand braucht in dieser Frage meines Erachtens einen langen Atem!

Die Linke-Ratsfraktion will sich daran beteiligen, Köln wieder instandzusetzen. Zu viele Dinge sind in den letzten Jahren unter Oberbürgermeister Schramma zusammengebrochen, eingerissen und zerstört worden. Damit muss Schluss sein. Instandsetzen heißt für uns nicht nur, das strukturelle Finanzdefizit auszugleichen, sondern auch finanzielle, soziale und kulturelle Fehlentwicklungen zu bekämpfen. Deshalb freuen wir uns, dass die Stadt Köln seit drei Monaten keine Miete mehr für die Messehallen an den Oppenheim-Esch-Fonds überwiesen hat;

(Beifall bei der Linken.Köln)

gerade laufen Untersuchungen in Troisdorf. Bereits im Jahre 2006 hatten wir den Vorschlag gemacht, ein Wertgutachten über die gebauten Messehallen zu erstellen. Dieses Gutachten ist jetzt in Arbeit, und es wird spannend, zu welchem Urteil die Gutachter kommen.

Kommunale Infrastruktur bewahren und erhalten, heißt aktuell, die Sparkasse vor eine Privatisierung durch die EU zu schützen und dafür zu sorgen, dass wir eine Sparkasse bekommen, die sich um das Kerngeschäft kümmert, die für die Kunden da ist und die auch ein gutes Filialnetz vorweisen kann.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Beim Messengeschäft und beim Kreditgeschäft mit der Sparkasse haben CDU, SPD, Grüne und FDP der Stadt Köln einen erheblichen Schaden zugefügt. Ohne den Eingriff der EU-Kommission wären Sie, meine Damen und Herren, bis heute nicht zur Besinnung gekommen. Das muss man mal ganz klar feststellen.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Dazu kam der Einsturz des Stadtarchivs, der vollends dazu geführt hat, dass das Vertrauen der Kölnerinnen und Kölner in die Politik sich auf Null reduziert. Aber die Menschen in der Stadt haben in der Debatte um das Schauspielhaus Initiative ergriffen, sie haben sich eingemischt und ein Bürgerbegehren gestartet. Wir als Die Linke sind stolz darauf, dass wir auch dazu einen Beitrag geleistet und dafür gesorgt haben, dass der Neubaubeschluss aufgehoben worden ist. Das führt dazu, dass wir insgesamt 50 Millionen Euro einsparen können, zumal ein Neubau rechtlich sowieso sehr fragwürdig gewesen wäre.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Wir betonen das deswegen, weil unsere speziellen Kölner Probleme mindestens 50 Prozent unseres Haushaltsproblems ausmachen. Die Aufgabenzuweisung und die Kürzungen von Bund und Land machen die anderen 50 Prozent aus. Wenn es nicht schnell zu einer kommunalen Finanzreform kommt und nicht endlich Schluss damit gemacht wird, Aufgaben und Kosten auf die Kommunen abzuwälzen, werden die Kommunen endgültig Armutsverwalter ohne jegliche demokratische Rechte sein. Dagegen müssen wir kämpfen.

(Beifall bei der Linken.Köln)

SPD, Grüne und der Oberbürgermeister werden heute - hört, hört: bei Enthaltung der FDP - den Haushalt verabschieden, und sie werden eine Satzung beschließen, die einen „Aufgaben- und Standardabbau“ mit einem Abbau von Personal vorsieht. Wo und wie Sie das machen wollen, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, bleibt unklar. Zwar werden Sie die Personalkosten um 11 Millionen reduzieren. Welche Aufgaben Sie aber tatsächlich reduzieren und streichen wollen, lassen Sie im Dunkeln.

Statt Personalabbau schlägt die Linke vor, auf externe Gutachten und Beratungen zu verzichten und diese Aufgaben wieder in die eigene Hand zu nehmen. Hier kann man nach unseren Berechnungen sofort 5 Millionen einsparen und langfristig 11 Millionen in jedem Jahr. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Stadtverwaltung in Köln machen eine gute Arbeit. Um sie weiter auszubilden und zu qualifizieren, haben wir in unserem Veränderungsnachweis zusätzliche Mittel bereitgestellt.

Wenn Rot-Grün, begleitet von der CDU und den Neoliberalen, versuchen will, die sozialen Aufgaben und Standards in dieser Stadt zu reduzieren, werden sie unseren Protest zu

spüren bekommen, aber auch den der vielen sozialen Initiativen in dieser Stadt.

Ich hoffe, dass Sie stattdessen mit uns gemeinsam für eine soziale Stadt arbeiten. Ansätze dazu hat es schon gegeben: Gemeinsam haben SPD, Grüne und Linke 2006 den Köln-Pass eingeführt und mit zahlreichen 50-prozentigen Vergünstigungen versehen. Der Köln-Pass ist ein Erfolgsmodell. Deswegen hat die Landesregierung dieses Projekt unter dem Namen „Sozialticket“ aufgegriffen und will dies in ganz Nordrhein-Westfalen einführen.

(Beifall bei der Linken.Köln - Zuruf von Jochen Ott [SPD])

- Genau, Köln hat in Sachen Sozialticket Vorbildfunktion.

Im vergangenen Jahr hatten wir auch eine Erstausrüstung für Erstklässler beschlossen, die den Köln-Pass besitzen. Auch die CDU hat diesen Antrag unterstützt. Diesen Posten hat die Kämmerei gestrichen. Unser Protest hat dann den Oberbürgermeister und Frau Dr. Klein dazu bewogen, immerhin noch 100 Euro statt 160 Euro vorzusehen.

(Jochen Ott [SPD]: Euer Protest!)

Damit ist das Projekt nicht gestorben, aber leider ist der Standard um 40 Prozent reduziert worden. Wenn so Ihre Politik im nächsten Jahr aussieht, dann gute Nacht, Marie!

Die Unterdrückung von Flüchtlingen - - Entschuldigung, die Unterbringung von Flüchtlingen - -

(Lachen bei pro Köln)

- Es gibt auch die Unterdrückung von Flüchtlingen. Das ist aber ein anderes Thema, über das ich heute nicht sprechen will.

Die Unterbringung von Flüchtlingen muss weiter verbessert werden. Zwar sind circa 3 000 Flüchtlinge gut untergebracht durch eine gemeinsame Politik aller Parteien hier im Rat - außer pro Köln -, aber 1 500 Flüchtlinge leben noch in schlechten Flüchtlingsheimen. Das muss sich ändern. Ich hoffe, dass wir das auf den Weg bringen können.

Soziale Standards müssen erhalten und gesichert werden. Das wird für die Linke im Mittelpunkt unserer Arbeit in den nächsten Monaten stehen.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Mit Sorge verfolgen wir die Neuorganisation von Hartz IV. Wir sind empört über die Neuberechnung der Hartz-IV-Regelsätze: Es ist zynisch, 5 Euro mehr für Erwachsene, und die Kinder gehen leer aus!

(Beifall bei der Linken.Köln)

Das ist zynisch, meine Damen und Herren! Wir unterstützen die Forderung vieler Sozialverbände, den Hartz-IV-Regelsatz auf 420 Euro zu erhöhen. Es ist schon jetzt absehbar, dass der Bund die sozialen Probleme weiterhin in die Kommunen abschieben will. Damit werden die Kommunen weiter finanziell belastet. Deshalb sollten Linke, SPD und Grüne auf Bundesebene gemeinsam tätig werden, und die Kommunalvertreter von CDU und FDP sollten endlich mal aufwachen! Diese Politik trifft nicht nur die Kommunen, sondern trifft auch Sie. Deshalb sollten Sie einen Beitrag dazu leisten, dass die Kommunen gestärkt werden.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Zum Teil höre ich solche Töne. Zum Beispiel hat sich Herr Wolf dafür ausgesprochen, dass die Städtebaufördermittel bei den Kommunen nicht gestrichen werden. Das finde ich richtig. Lasst uns gemeinsam an dieser Front arbeiten!

Soziale Standards erhalten, bedeutet auch, das soziale Gefüge in den Stadtbezirken wieder instandzusetzen. Deshalb treten wir seit Jahren dafür ein, die Mittel für die Bezirksvertretungen deutlich zu erhöhen. Die Bezirksvertretungen brauchen endlich mehr Anerkennung und Mitspracherechte!

(Beifall bei der Linken.Köln)

Die Auseinandersetzung um das Schauspielhaus und aktuell auch die Konfrontation um Stuttgart 21 zeigen, dass die Menschen bei großen Bauprojekten einbezogen werden wollen. Die Debatte um die Shopping Mall auf dem Heliosgelände in Ehrenfeld ist dafür auch ein Indiz. Hier hat sich die Bezirksvertretung sofort eingeschaltet und eine Informationsveranstaltung mit 700 Personen vor dem normalen Bbauungsverfahren durchgeführt. Das, meine Damen und Herren, verhindert eine Frustration der Anwohner und führt zu Engagement! Beim letzten Treffen der Bürgerinitiative waren allein 150 Leute. Die Leute spüren, ein riesiges Einkaufszentrum wäre nicht nur der Tod des Einzelhandels, sondern würde das soziale Gefüge Ehrenfelds angreifen.

(Beifall bei der Linken.Köln)

In Kalk ist dies genau so passiert. Wenn sich in Kalk jetzt junge Menschen engagieren und ein autonomes Zentrum bilden, müssen wir auf sie zugehen, sie im Stadtbezirk halten und sie integrieren. Das führt nicht nur zur Instandsetzung, sondern zur Stabilisierung von Kalk. Kalk und Deutz brauchen junge Leute, die dort hinziehen.

(Beifall bei der Linken.Köln -
Widerspruch bei pro Köln)

Köln instandsetzen und sozial gestalten heißt auch: direkte Demokratie ausbauen und verbessern! Der Bürgerhaushalt muss fortgesetzt werden. Der Bürgerhaushalt, Herr Sterck, ist nicht tot. Wir müssen uns jetzt darum kümmern, dass der Bürgerhaushalt jährlich durchgeführt wird. Wir haben dazu im Finanzausschuss sogar einen eigenen Antrag eingebracht, in dem wir fordern, dass er um zusätzliche Positionen verbessert wird. Die Probleme sind mir bekannt, Herr Sterck; ich habe sie als Erster vor einem Jahr hier im Rat angesprochen. Vielleicht können Sie sich noch daran erinnern, dass ich in meiner Rede gesagt habe: Der Bürgerhaushalt darf nicht ausgesetzt werden.

(Beifall bei der Linken.Köln - Zurufe von
FDP und pro Köln)

Deshalb: Wir werden den Haushalt ablehnen.

(Zurufe: Oh!)

Wir werden dem Haushalt zustimmen.

(Lachen bei der CDU - Zurufe von der
FDP: Was denn nun?)

- Wir werden den Haushalt ablehnen und dem Bürgerhaushalt zustimmen. Das ist wichtig. Gemeinsam mit vielen Leuten in dieser Stadt werden wir dagegen kämpfen, dass es Sozial- und Kulturabbau gibt.

Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Detjen. Wir kommen dann zu Herrn Hoffmann.

Klaus Hoffmann (Freie Wähler - Kölner Bürger-Bündnis): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Einige Zahlen zu Beginn: Im Ergebnisplan schließt der Haushalt 2010 mit

einem Fehlbetrag von 413 Millionen Euro und für 2011 mit einem Fehlbetrag von 349 Millionen Euro ab, in denen von der Arbeitsgruppe „Task Force“ zur Überprüfung von Aufgaben zum Standardabbau - Beschluss des Stadtvorstandes vom 10. November 2009 - ermitteltes Sparvolumen für 2010 von circa 28 Millionen Euro und 2011 von 65 Millionen Euro bereits enthalten sind. Bei diesen Zahlen wird einem schwindelig.

Wenn man bedenkt, dass das endgültige Ergebnis für 2009 immer noch nicht feststeht - geplant war ein Fehlbetrag von 102 Millionen; voraussichtlich werden es 253 Millionen Euro sein - und das endgültige Jahresergebnis für 2008 noch nicht vorliegt, aber hier wahrscheinlich mit einem Überschuss von 115 Millionen gerechnet werden muss, braucht man zu der bedrohlichen Haushaltslage, die wir immer noch haben, auch perspektivisch gesehen, und der verfehlten Haushaltspolitik nichts mehr zu sagen. Berücksichtigt man dabei noch die Verschuldung, die Ende 2009 - allein auf dem privaten Kapitalmarkt - 2,5 Milliarden Euro betrug und jährlich mit 132 Millionen Euro Zinsaufwendungen zu Buche schlägt, ist die Bankrotterklärung eigentlich fast perfekt.

Ich verkenne, wie es eben auch schon angesprochen worden ist, nicht, dass die Stadt Köln für diese Lage nicht die Alleinschuld trägt, da der Gewerbesteuerausfall für 2009 circa 228 Millionen Euro betragen soll. Aber wie lange brauchen Ratsmitglieder und Dezernate der Stadt Köln noch, um zu begreifen, dass sie das Vermögen, die Gelder der Bürger, treuhänderisch verwalten? Konsolidieren, sparen ist das Gebot der Stunde. Ideologische Prestigeprojekte gehören der Vergangenheit an. Verträge und deren Erfüllung - heute steht es in der Zeitung: Messebau, Esch-Fonds - müssen professionell angegangen, bearbeitet und überwacht werden. Es kann nicht sein, dass jetzt nur noch 60 Prozent bezahlt werden müssen. Hier muss man ganz einfach feststellen: Ich erkenne keine Bemühungen außer Klüngel und, in einigen Bereichen, Vertuschung.

(Beifall bei pro Köln)

Erlauben Sie mir eine Spitze gegen die Fraktionen: Bei den Zuwendungen an die Fraktionen - die ganzen Bücher kann an als Einzelmandatsträger nicht komplett lesen; man bräuchte ziemlich viel Personal, um das zu schaffen - wird nicht gespart, sondern geklotzt. Nennt man es etwa Sparen, wenn sich die Zuwendungen gegenüber dem Stand von 2008

um mehr als 40 Prozent, natürlich gedeckt durch Ratsbeschlüsse, erhöhen? Korrigieren Sie mich: Hier zeigt sich eine der Hauptgründe für die wachsende Politikverdrossenheit. Sie, Frau Moritz, haben eben von Politikverdrossenheit gesprochen. Ich würde sagen: In Wirklichkeit ist es eine Parteienverdrossenheit.

(Beifall bei pro Köln)

Sie predigen den Leuten Wasser und trinken heimlich Wein. Sie müssen als Parteien mit gutem Beispiel vorangehen, dann werden Sie bei den Bürgern auch Vertrauen zurückgewinnen.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Die Freien Wähler fordern daher: Erhöhen Sie nicht die Ausgaben um 40 Prozent, sondern sparen Sie 40 Prozent. Schaffen Sie Dienstwagen ab, lassen Sie die wichtigen Fraktionsmitglieder Taxi fahren, und erhöhen Sie dazu noch die Gewerbesteuererinnahmen.

Zur Kultur: Kultur ist wichtig, aber das Missverhältnis zwischen jährlichen Erträgen von 24 Millionen Euro und Aufwendungen von 164 Millionen Euro ist ziemlich groß. Die freie Kultur schafft mit wenig Geld ein Vielfaches an Publikumsresonanz mit geringem Aufwand an Personal und Häusern.

Nun wird versucht, die Einnahmen über die Erhöhung der Gewerbesteuern zu steigern, und das gleich im Wege von 25 Prozentpunkten mehr. Wirtschaft und Gewerbe, die eh schon etwa die Hälfte der Einnahmen für unser Stadtsäckel bestreiten, sollen es nun richten. Hiervon bin ich ein strikter Gegner. Die Gewerbesteuererinnahmen sind hauptsächlich von der konjunkturellen und wirtschaftlichen Gesamtlage der Gewerbetreibenden abhängig. Hierauf hat die Stadt wenig Einfluss. Die überzogenen Gewerbesteuererhöhungen der 80er-Jahre führten damals dazu, dass viele Betriebe aus Köln in Nachbargemeinden abwanderten, da dort der Hebesatz wesentlich geringer war und diese Gemeinden noch mit günstigen Grundstücken, Erschließungen, besserer Infrastruktur usw. warben. Es muss aber Aufgabe der Politik sein, den Standort der bestehenden Gewerbebetriebe zu erhalten und nicht nur Neubetriebe zu werben und sich hiermit zu profilieren. Es reicht schon, dass durch die desaströse Verkehrspolitik und Städteplanung der letzten 30 Jahre die Bürger und vor allen Dingen die Gewerbetreibenden - Handel, Verkehr - täglich im Straßenverkehr genervt werden, vielleicht demnächst auch auf der

Rheinuferstraße. Glauben eigentlichen die ideologischen Querdenker der Grünen, man könnte die gewerblichen Bedürfnisse einer Großstadt mit Bollerwagen und Drahtesel lösen?

(Beifall bei CDU, FDP und pro Köln)

Bei einigen guten Einzelhandelsfachgeschäften in der Innenstadt blieben die Kunden nur wegen der schlechten Verkehrsführung und fehlenden Parkmöglichkeiten weg, sodass diese Geschäfte schließen mussten. So verliert man Steuereinnahmen und auch Großstadtfleur, zumal die öffentlichen Verkehrsmittel nicht immer eine vernünftige Alternative zum Bedarf bieten.

Heute schon oft gehört: Die Bettensteuer soll es jetzt richten in dieser Stadt. Eine Reaktion verschiedener Unternehmen - wir haben ein Beispiel zitiert bekommen von Herrn Sterck -, die auf Unterbringung in Hotels angewiesen sind, bliebe nicht aus. Sie werden ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ins Umland zur Übernachtung schicken. Das ist Fakt. Dass die Auslastung von Hotels weiter zurückgeht, möchten SPD und Bündnis 90/Die Grünen nicht wahrhaben. Nach dem Motto „Es hätt noch immer jot jejange“ wird Sand ins Getriebe einer jetzt gut laufenden Branche gestreut. Kassieren Sie nicht bei denen ab, die nicht nur eine Menge Geld abdrücken, sondern auch Verantwortung für das soziale Gleichgewicht tragen sollen! Dieser Ausdruck ist heute öfters gefallen: soziale Balance. Aber dann müssen wir an dieser Stelle ansetzen. Menschen Brot und Arbeit zu geben und Jugendliche besonders in diesen Betrieben an die Arbeitsplätze heranzuführen - dies ist für Gewerbetreibende mit nicht unerheblichem finanziellen Aufwand verbunden.

(Ulrich Breite [FDP]: So ist es!)

Ebenso wichtig ist es, nicht halbherzig an den Abbau unserer Stadtverwaltung und alle angeschlossenen städtischen Gesellschaften heranzugehen. Vor zwei Jahren hat der Stadtdirektor eine Vorlage mit 1 000 Stellenzusetzungen eingebracht. Dabei sollten unter anderem zum hundertsten Mal die Bezirksämter dezentralisiert werden - ein Wahnsinn! Jetzt muss man diese Stellen wieder abbauen. 200 Stellen pro Jahr bedeuten 1,2 Prozent, auf 100 Personen rechnerisch eine Person pro Jahr. Packen wir's an! Das geht in manchen anderen Großunternehmen, die sich sanieren müssen, immer, Herr Detjen. Schaffen Sie in den unteren Lohngruppen neue Stellen, optimieren Sie die Verwaltung und argumentieren Sie nicht damit, dass ein

Beförderungstopp die Motivation nimmt. Warum sollen die einen bluten und die anderen bekommen mehr Gehalt? Bei einer Sanierung ist das möglich.

Jetzt sage ich Ihnen, wo Sie sparen und sogar noch Geld einnehmen können: Sie können zum Beispiel die Institution veräußern, die allein im letzten Jahr die Kölner Steuerzahler 650 Millionen Euro gekostet hat: die Sparkasse. Damit würden Sie dieses Institut vom unseligen Einfluss der Politik befreien und die Steuerzahler vor weiteren Einbußen bewahren. Wir brauchen neue Denkansätze. Der Kopf ist rund, damit das Denken ab und zu die Richtung ändert. Eine solche Richtungsänderung ist jetzt angesagt.

(Zuruf von Götz Bacher [SPD])

Die Freien Wähler stimmen so lange Ihrem Haushalt nicht zu, wie er nicht einen einzigen neuen Denkansatz enthält. Mit Scheinlösungen wie der Bettensteuer werden Sie die Entwicklung verschlafen.

Lassen Sie mich noch einen Satz zum Bürgerhaushalt sagen. Es wurde zwar eben bestritten, dass der Bürgerhaushalt tot ist. Aber auch ich bin dieser Meinung. Er hat einen schweren Schlag bekommen. 2004 wurde er auf den Weg gebracht. Ich weiß noch genau, dass er seinerzeit vom Kölner Bürger-Bündnis, die Freien Wähler initiiert wurde. Sie im Rat haben ihn unterstützt. Mit Änderungsanträgen standen Sie alle dahinter und haben gesagt: Dieser Bürgerhaushalt, der in Porto Alegre noch heute praktiziert wird - das ist eine Stadt mit derselben Größe wie unserer -, bietet Möglichkeiten, etwas zu ändern. Jetzt hat dieser Bürgerhaushalt einen Schlag bekommen. Jetzt gehen Sie bitte nicht hin, um ein rot-grünes Wunschkonzert daraus zu machen,

(Beifall bei der CDU und der FDP)

indem Sie von der Prioritätenliste abgehen. Das, was in der Finanzausschusssitzung vorgelegt worden ist, ist ein rot-grünes Wunschkonzert. Das kann es in dieser Stadt nicht sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Hoffmann. Nun Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal und auf der Tribüne! Vor etwas über einem Jahr wurden Sie, Herr Roters, mit deutlicher Mehrheit zum Oberbürgermeister gewählt - mit sozialdemokratischen Stimmen, auch mit grünen Stimmen, auch mit vielen Stimmen von den Freunden.

(Beifall bei Teilen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

In den Wahlen zum Rat erhielt Rot-Grün, die Stimme des OBs dazugezählt, eine hauchdünne Mehrheit. Eine Koalitionsvereinbarung wurde getroffen, und nun hoffen zumindest Ihre rot-grünen Wähler seit einem Jahr auf eine soziale und ökologische Politik. Dafür soll nun auch der heute zu verabschiedende Haushalt stehen.

Ich hoffe, dass dieser Haushalt unter Sparzwang so ausgewogen wie möglich bleibt, dass die sozial Schwächsten von Kürzungen verschont werden, dass deutliche Akzente im Umweltbereich gesetzt werden, dass Schwerpunkte auch in der Bildung gesetzt werden.

Erwähnen möchte ich hier aber einzelne Aspekte im Kulturbereich: Völlig unverständlich ist für mich zum Beispiel die Streichung der Zuschüsse für den Bundesverband Bildender Künstler hier in Köln, ein Verband, der vielleicht in seiner Außendarstellung einer Runderneuerung bedarf, der aber seit Jahrzehnten im Stillen eine hervorragende Beratungsarbeit für freischaffende Künstlerinnen und Künstler leistet.

Wie wichtig diese Szene, dieser Humus für die Kulturstadt ist, wird hier niemand bestreiten. Auch Herr Börschel hat diesen Humus gerade erwähnt: 1 Million Euro mehr für die freie Szene als die ursprüngliche Verwaltungsvorlage ist ja leider kein Plus für die Szene. Unter dem Strich bleiben deutliche Kürzungen. Manche Projekte werden eingestellt werden müssen, auch der BBK hier in Köln ist bedroht.

Daher bitte ich Sie, die Kürzungen zumindest beim BBK vollständig zurückzunehmen. Zur Finanzierung schlage ich einen Verzicht auf den Köln-Tag der Museen vor -

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Das könnte Ihnen so passen!)

einen Tag des freien Eintritts, der sowieso zeitlich eingeschränkt und zudem gar nicht mehr beworben werden soll. Natürlich würde bei

Abschaffung des Köln-Tages Inhaber des Köln-Passes weiterhin freien Eintritt in diese Museen bekommen. Ich halte es für wichtiger, den BBK in seiner Arbeit zu unterstützen, als dass Touristen zufällig von diesem Tag erfahren und profitieren.

Nicht nachvollziehen können viele Bürgerinnen und Bürger die geplante Schließung der Kölner Kunst- und Museumsbibliothek.

(Beifall von Jörg Detjen [Die Linke.Köln])

Welch ein fatales Signal nach dem Einsturz des Historischen Archivs: eine Bibliothek stürzt ein, die nächste wird geschlossen! Ohne Not, ohne relevantes Sparpotenzial würde hier ein international anerkanntes Institut zerschlagen. Wenn Ihnen Wissen und Bildung wichtig sind, nehmen Sie bitte endgültig Abstand von der Idee der Schließung.

(Beifall von pro Köln und der Linken.Köln)

Hören Sie auf die zahlreichen Stimmen der Experten und erhalten Sie die Kölner Kunst- und Museumsbibliothek!

Am Nachmittag werden wir auch über die Sanierungsplanung des Opernquartiers diskutieren. Viele ehemalige Neubaubefürworter waren damals auch fasziniert von einer Neugestaltung, von einem attraktiveren Opernquartier. Es stimmt, die vergangenen Jahre hat dieses Quartier nach außen, also auch baulich und vom Platz her, nicht diesen Glanz ausgestrahlt, den es sich inhaltlich schon lange verdient hat. Um dieses Viertel nun aber im Zuge der Sanierung zu beleben, hatte die Wählergruppe Deine Freunde eine Anfrage an die Verwaltung gestellt. Erlauben Sie mir, aus der Antwort kurz zu zitieren:

Vor allem durch die Nutzung der Opernterrassen als Studiobühne und durch die Kinderoper im Opernhaus kann nach Auffassung der Verwaltung die Belebung des Opernquartiers verbessert werden.

Und weiter unten:

Eine Belebung des Offenbachplatzes unter anderem durch die dargestellten Maßnahmen ist Teil des Sanierungskonzeptes. Die Realisierung von Studiobühne und Kinderoper sind daher für die Verwaltung von erheblicher Bedeutung.

gez. Roters

Da die Entscheidung über das Wie der Sanierung wohl auch hinter geschlossenen Türen noch nicht endgültig gefallen ist, bitte ich den Rat, sich bis heute Nachmittag auch diese Worte zu Herzen zu nehmen. Den Koalitionären wünsche ich, dass sie ihr rot-grünes Projekt endlich mutig starten. Schneiden Sie weiter alte Zöpfe ab. Damit meine ich auch leider etwas unglückliche Bilder aus Shanghai. Ich möchte Ihnen da nicht persönlich zu nahe treten, Herr Roters. Aber Karneval, Hühner, Stippefötche, Rote Funken sind nicht wirklich das Aushängeschild für Köln.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der Linken.Köln)

Schaffen Sie Transparenz! Damit meinen wir zum Beispiel das durch den Prüfantrag ins Laufen gebrachte Live-Streaming! Sorgen Sie für wahre Bürgerbeteiligung, zum Beispiel auch hinsichtlich der von Herrn Detjen erwähnten Planung des Heliosgeländes. Wir wünschen uns - die Bezirksvertretung Ehrenfeld hat dies einstimmig beschlossen - eine vertiefte Bürgerbeteiligung noch vor Aufstellungsbeschluss.

Das Köln außerhalb des Ratssaals ist wesentlich moderner und viel attraktiver, als Rat und Verwaltung sich manchmal darstellen. Wenn Sie, liebe SPD und Grüne, gemeinsam Ihre Chance nutzen, könnten sich auch in der politischen Willensbildung faszinierende Perspektiven ergeben. Wir als Wählergruppe Deine Freunde würden Sie dabei gerne kritisch begleiten und gegebenenfalls auch gerne unterstützen. In diesem Sinne wünsche ich der Koalition für ihre Zukunft ein herzliches „Oben bleiben“!

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen - Martin Börschel [SPD]: Sehr freundlich!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Hierzu gibt es keine Redemöglichkeiten mehr.

1. In die Haushaltsplanberatungen verwiesene Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln betreffend „Abschaffung der

Zweitwohnungssteuer und Einführung eines Zuzugsbonus für Kölnerinnen und Kölner, die sich mit dem ersten Wohnsitz neu anmelden“
AN/ 1421/2010

Wer ist gegen den Antrag der Fraktion Die Linke? - Das sind SPD, Grüne, CDU, pro Köln und Herr Hoffmann. - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag abgelehnt.

2. Neue Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln betreffend "Verzicht auf Anhebung der Gewerbesteuer"

Wer ist für diesen Dringlichkeitsantrag? - Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist er abgelehnt.

2.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln betreffend „Erhaltung der Kunst- und Museumsbibliothek“
AN/1819/2010

Wer ist für diesen Antrag? - Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist er abgelehnt.

2.3 Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln betreffend „Erhalt der freien Kulturarbeit“
AN/1820/2010

Wer ist für diesen Antrag? - Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit abgelehnt.

Wir kommen zu weiteren Dringlichkeitsanträgen:

2.4 Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln betreffend „Resolution für ein wirtschaftsfreundliches Köln“
AN/###/2010

Wer ist für diesen Dringlichkeitsantrag? - Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist der Antrag abgelehnt.

2.5 Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln betreffend „Sanierung der Zoobrücke“
AN/###/2010

Wer ist für diesen Antrag? - Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist der Antrag ebenfalls abgelehnt.

2.6 Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln betreffend „Personenbezogene Integrationsmaßnahmen“
AN/###/2010

Wer ist für diesen Antrag? - Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit abgelehnt.

2.7 Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln betreffend „Erhöhung der bezirksorientierten Mittel“
AN/###/2010

Wer ist für diesen Antrag? - Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ebenfalls abgelehnt.

Damit haben wir die Dringlichkeitsanträge abgearbeitet. Wir kommen jetzt zu:

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend „Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit des Oberbürgermeisters“
AN/1797/2010

Dazu liegt Ihnen eine schriftliche Vorlage vor. Gibt es hierzu Fragen? - Herr Uckermann, Sie haben zwei Nachfragen?

Jörg Uckermann (pro Köln): Lieber Herr Oberbürgermeister! Ich hoffe, ich komme mit einer Nachfrage aus, wenn Sie entsprechend detailliert antworten.

Wir haben die Anfrage gestellt betreffend ein Ressort, das an sich nicht zur klassischen Daseinsvorsorge gehört, sondern in der Regel mit Kaderstellen parteipolitisch besetzt wird. Das ist der erste Punkt, wo man einsparen könnte.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, Sie wollen eine Frage formulieren.

Jörg Uckermann (pro Köln): Natürlich muss ich vorher sagen, worauf sich die Frage bezieht. Sie haben eine Antwort, wir haben eine konkretisierende Frage: Sehen Sie sich in den nächsten zwei Jahren dazu in der Lage, signifikant Kosten zu senken, damit wir das Defizit unseres Haushaltes reduzieren und den Haushalt konsolidieren können?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Die Antwort geht Ihnen schriftlich zu.

Eine weitere Anfrage:

3.2 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln betreffend „Befristete Verträge bei der ArGe“ AN/1806/2010

Dazu ist Ihnen ebenfalls eine Antwort vorgelegt worden. Gibt es dazu eine Nachfrage? - Frau Stahlhofen, bitte.

Gisela Stahlhofen (Die Linke.Köln): Danke schön, Herr Oberbürgermeister. Zunächst einmal vielen Dank für die schnelle Beantwortung.

Die Antwort auf die Frage 1 - wie verfährt die Kölner Verwaltung mit den entsprechenden Mitarbeitern? - ist nicht wirklich beantwortet. Ich war heute bei der Arge in Mülheim. Dort wartet man dringend auf Antwort, wie man mit ihnen in den nächsten Monaten umgeht. Der Hinweis, dass man einen Treueschlüssel ab 1. Januar festlegt, ist für die, die sich bereits arbeitsuchend melden mussten, keine befriedigende Antwort.

Zum Zweiten heißt es, man sei in Gesprächen. Welches Ziel hat dieses Gespräch? Das ist auch nicht ganz klar; ich würde um weitere Beantwortung bitten. Geht es um Weiterbeschäftigung, oder was stellen Sie sich an dieser Stelle vor? - Danke.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich gebe das Wort an Herrn Stadtdirektor Kahlen.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Stahlhofen, Ziel ist es, die Funktionsfähigkeit der Arge zu sichern, und zwar gerade jetzt in der Übergangsphase zwischen dem herkömmlichen Modell und den neuen Strukturen, die wir ab 1. Januar 2011 haben werden.

Priorität hat, gerade bei der anspringenden Konjunktur, die Funktionsfähigkeit nachhaltig zu sichern.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Damit ist auch diese Anfrage erledigt.

6 In die Haushaltsplanberatungen verwiesene Beschlussvorlagen

6.1 Haushaltsplan-Entwurf 2010 hier: Festsetzung der bezirksbezogenen Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW für das Hj. 2010 3952/2009

Wer gegen diese Beschlussvorlage ist, den bitte um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion Die Linke, Herr Hoffmann, Herr Zimmermann, die CDU und pro Köln. Wer enthält sich? - Damit ist das angenommen.

6.3 Zuschuss für das Zentrum für Therapeutisches Reiten Köln e.V. 0214/2010

Hierzu ergeht die Mitteilung, dass diese Beschlussvorlage zurückgezogen ist. Sie wird erneut vorgelegt werden.

7 Weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung

7.1 Maßnahmen zum Aufgabenabbau, zur Standardreduzierung und zur Ertragssteigerung hier: Aufgabe VII/4.1, Einsparvorschlag Nr. 1, Stufenweise Erhöhung Eintrittsgelder inkl. Tages-/Jahreskarten im Rahmen der Aufhebung und Neufassung der Benutzungsordnungen für die Museen und des NS-Dokumentationszentrums 3173/2010

(Martin Börschel [SPD]: Wie Finanzausschuss!)

- Wie Finanzausschuss in Anlage 3. Wer ist gegen diese Beschlussvorlage? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Bei einer Enthaltung von Herrn Zimmermann ist dies so angenommen.

7.3 Weiterführung des Bildungsportals bildung.koeln.de 2564/2010

Wer gegen diesen Beschlussvorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit so angenommen.

8 Bürgerhaushalt 2010

8.1 Bürgerhaushalt 2010 - Umsetzung der Vorschläge 3696/2010

Wer für den Beschlussvorschlag zum Bürgerhaushalt 2010 ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion Die Linke, die Grünen und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Bürgerhaushalt so angenommen.

**9. Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2010/2011
4153/2010**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend „Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2010/2011“
AN/1826/2010**

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der FDP ab. Ich bitte um das Handzeichen, wer für den Änderungsantrag der FDP ist. - Das sind FDP, CDU und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Enthaltung bei pro Köln. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Entscheidung über die Haushaltssatzung. Wer ist für den Beschlussvorschlag zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan? - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion Die Grünen und der Oberbürgermeister. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktion der FDP und Herr Zimmermann. Damit sind die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan angenommen. Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

10 Stellenpläne

**10.1 Stellenplan für die Jahre 2010 / 2011
3158/2010
- Sammelumdruck vom 13.09.2010 -**

Wer ist für den Stellenplan? - SPD, Grüne, Die Linke. Wer enthält sich? - Herr Zimmermann enthält sich. Damit ist er angenommen.

**10.2 Stellenübersicht und Stellenplan der Beamtinnen und Beamten der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln für das Jahr 2010/2011
0548/2010
- Sammelumdruck vom 06.09.2010 -**

Wer gegen diesen Vorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit so angenommen.

**10.3 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters Köln für die Kalenderjahre 2010/2011
2920/2010**

Wer ist gegen diesen Stellenplanvorschlag? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. So angenommen.

**10.4 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für die Kalenderjahre 2010/ 2011
2995/2010
- Sammelumdruck vom 16.09.2010 -**

Ebenfalls wie Finanzausschuss. Wer ist gegen diesen Stellenplanvorschlag? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit angenommen.

**10.5 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für die Jahre 2010 und 2011
3697/2010**

Wer ist gegen diesen Stellenplan? - Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist auch dieser Stellenplan so angenommen.

Ich bedanke mich für die Debatte und berufe die nächste Sitzung für 15.30 Uhr ein; dann geht es um die übrigen Tagesordnungspunkte. - Vielen Dank.

(Schluss: 12.52 Uhr)